©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ZU DEN DEUTSCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN IM SOMMER 1918

Vorbemerkung des Herausgebers

„Als ich im April 1918 als Legationssekretär in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes meine Arbeit antrat", schreibt Wipert von Blücher, „waren die Augen meiner Vorgesetzten nach Rußland gerichtet"[1]. Denn während mit den Großmächten der westlichen Welt immer noch nur die Sprache der Waffen gesprochen wurde, war im Osten die Diplomatie wieder in ihre Rechte getreten: vor wenigen Wochen war der Friede von Brest-Litowsk geschlossen worden[2]. Noch war der Vertrag mit den neuen bolschewistischen Machthabern in Moskau ebenso wie der mit der Ukraine ein Papierfriede, und, so fährt Blücher in seinen Betrachtungen fort, „es war Aufgabe des Auswärtigen Amts, sie in wirklichen Frieden umzuwandeln"[3]. Als ein erster Schritt wurden Ende April die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt: Graf Mirbach, auf Grund seiner Vorkriegserfahrung in Petersburg ein Kenner der russischen Verhältnisse, ging als Gesandter nach Moskau[4], während die russischen Belange in Berlin durch den gewandten Herrn Joffe vertreten wurden. Noch war diese Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen lediglich formeller Art, so daß Wheeler-Bennett mit Recht von der „Fiktion freundlicher Beziehungen"[5] spricht. Die ersten Amtshandlungen der diplomatischen Vertreter waren die Übermittlungen von Klagen und Protesten: des Sowjetvertreters über das andauernde weitere Vordringen deutscher Truppen in Finnland, in der Ukraine und auf der Krim; von deutscher Seite dagegen über die Propagandatätigkeit der Bolschewisten unter den in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, über deren Austausch umständliche Verhandlungen geführt wurden[6]. (Der weit größeren Gefahr, die von der durch Joffe auf deutschem Boden entfalteten Propaganda drohte, scheint man sich in der hier behandelten Zeitspanne weniger bewußt gewesen zu sein.)[7]

---

[1] Wipert von Blücher, **Deutschlands Weg nach Rapallo** (Wiesbaden 1951), S. 11.

[2] Die Akten des Auswärtigen Amtes über die Verhandlungen in Brest-Litowsk stehen jetzt auf Film in den National Archives, Washington, D. C. der historischen Forschung zur Verfügung.

[3] Blücher a. a. O., S. 12.

[4] Über Mirbachs Moskauer Tätigkeit berichtet der ihm beigegebene Vertreter der O. H. L., Major Freiherr Karl von Bothmer, **Mit Graf Mirbach in Moskau** (Tübingen 1922). Vgl. auch Alfons Paquet, **Briefe aus Moskau** (Jena 1919).

[5] John W. Wheeler-Bennett, **The Forgotten Peace, Brest-Litovsk March 1918** (New York 1939), S. 311, 329 ff.

[6] Edward Hallett Carr, **The Bolshevik Revolution 1917—1923** (New York 1953), vol. III, S. 73 ff.

[7] Nur vereinzelt findet man einen Hinweis hierauf. Vgl. Bothmer a. a. O., S. 57.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese beiderseitigen Proteste in Spezialfragen waren Symptome tiefer Spannungen zwischen den beiden Ländern, die der Friedensvertrag noch keineswegs ausgeräumt hatte. Die Bolschewisten waren Vorkämpfer eines radikalen weltrevolutionären Programms, doch hatten sie im Sommer 1917 erkannt, daß das zutiefst zerrüttete Rußland zunächst einmal den Frieden brauchte, und hatten als konsequenteste Verfechter eines sofortigen Friedensschlusses die übrigen politischen Gruppen im Kampf um die Macht überspielt. In den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Brest hatten sie, unfähig, den siegreichen Mittelmächten noch militärischen Widerstand entgegenzusetzen, mit vollendeter Meisterschaft ihre revolutionäre Propaganda als Waffe zu gebrauchen gewußt, bis der erneute Vormarsch der deutschen Truppen sie zum Einlenken zwang. Sie mußten den Friedensvertrag, wenn auch unter Protest, unterzeichnen. So stellte sich den Bolschewisten schon zu Beginn ihrer weltgeschichtlichen Laufbahn das scheinbare Dilemma, das seither so oft in der russischen Außenpolitik eine Rolle gespielt hat, und das sich mit der Frage: „Weltrevolution oder diplomatisches Paktieren mit den ‚imperialistischen' Mächten" bezeichnen läßt. Es ist das ein Scheindilemma, denn bereits im Frühjahr 1918 war Lenin sich darüber klar, daß eine geschickte russische Außenpolitik beide Ziele gleichzeitig verfolgen konnte[7a]. Danach war jede Annäherung an einen „imperialistischen" Staat, so wie sie in Brest-Litowsk stattgefunden hatte, ausschließlich von Augenblicksinteressen, dem Wunsch nach Zeitgewinn etwa, diktiert. So versuchte denn auch die russische Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1918 zwischen den Mittelmächten und der Entente zu lavieren[8].

Auch deutscherseits wurde der Brester Vertrag noch nicht als ein echter, endgültiger Friedensschluß angesehen. Gewiß war nach dem einschnürenden Druck des Mehrfrontenkrieges schwerer Jahre das Ausscheiden des zahlenmäßig größten Gegners im Osten mit einem tiefen Aufatmen hingenommen worden. Ebenso dringend wie einer militärischen Entlastung bedurfte man auch der kriegswichtigen Rohstoffe, die jetzt der Besiegte liefern sollte, vor allem des Brotgetreides der Ukraine; für den österreichischen Bundesgenossen war der Abschluß ja in allererster Linie, mit Czernins Wort, ein „Brotfriede" gewesen. Doch nun wurde, weniger infolge einer von den leitenden Männern ursprünglich gehegten Absicht, als vielmehr mit einer in den Dingen und Umständen liegenden Logik, Deutschland immer tiefer in den Osten hineingezogen, so daß die im Brester Vertrage von ihm selbst gesetzten Grenzen nicht eingehalten wurden. Man konnte die für die im Westen heranreifende Kriegsentscheidung dringend benötigten Rohstoffe und Lebensmittel nur zu erhalten hoffen, wenn deutsche Truppen in dem von der Revolution zerrütteten Lande Ruhe und Ordnung wiederherstellten. Zusammen-

---

[7a] Vgl. die sorgfältige Analyse sowjetischer Außenpolitik in: Theodore H. von Laue, „Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin", The Diplomats 1919—1939, ed. by Gordon A. Craig und Felix Gilbert (Princeton, 1953), S. 237 ff.

[8] Carr a. a. O. III, S. 68 ff. — Dazu neuerdings George F. Kennan, Das amerikanisch-russische Verhältnis (Stuttgart 1954), S. 81 ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bruch des Zarentums und Revolution hatten die gesamten fremdvölkischen Randgebiete des großrussischen Reichs in Bewegung gebracht, und allenthalben regten sich völkische Autonomiebewegungen, so daß die Bolschewisten notgedrungen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt hatten und sich vor der deutschen Front neue Staatsbildungen entwickelten. Aber die Ukraine, das bedeutendste dieser neuen Gebilde, deren Selbständigkeit soeben in Brest vertraglich anerkannt worden war, drohte schon wieder einer bolschewistischen Unterwanderung anheimzufallen, und die Regierung in Kiew konnte sich ohne herbeigerufene deutsche Hilfe nicht behaupten. Die Autonomiebestrebungen in den baltischen Landen, jahrhundertealtem deutschem Kolonisationsgebiet, machten sich auch in dem vom Brester Vertrage nicht erfaßten Livland und Estland geltend und mußten in Deutschland besonders deutlich vernommen werden. Endlich zwang die Politik der Bundesgenossen, der Österreicher in Südrußland, der Türken im Kaukasus und bis hin zum fernen Baku, die stärkste Militärmacht, auch ihrerseits vorzugehen, wollte sie sich nicht für wichtige Rohstoffe wie Erdöl oder Manganerz in wirtschaftliche Abhängigkeit von den schwächeren Verbündeten begeben. Zugleich aber drohte in den infolge des russischen Zusammenbruchs machtentleerten Räumen auch eine Intervention der Entente. Bei der Beratung des Brester Friedens im Reichstag hatte schon am 18. März 1918 Friedrich Naumann festgestellt, daß man sich deutscherseits um die neue Lage der russischen Hinterlassenschaft kümmern müsse; „wohin wir nicht kommen, dahin kommt der Engländer"[8a]. Über allem aber stand die Frage nach dem Verhältnis zu den bolschewistischen Vertragspartnern. Waren sie in jenen Wochen doch noch eine um ihre Existenz ringende revolutionäre Minderheit, von deren endgültigem Siege man keineswegs überzeugt war, ja die der schwersten Krise entgegenging. So war es durchaus wünschenswert, ja ein Gebot einfacher politischer Klugheit, auch die Verbindung zu den antibolschewistischen Kreisen Rußlands aufrechtzuerhalten. „Sicher steht der Bolschewismus nicht", schrieb Bothmer am 10. Mai 1918 in sein Tagebuch. „Es kann in absehbarer Zeit eine neue Richtung nach oben kommen, mit der gute Beziehungen vorbereitet zu haben, dann für Deutschland von größter Bedeutung ist[9]."

Diesen Problemen gegenüber konnte sich die Reichsleitung zu keiner einheitlichen und klaren Politik durchringen. Für Ludendorff[9a], die stärkste Persönlichkeit auch auf politischem Felde, standen die militärischen Notwendigkeiten im Vordergrund, die ihn in die Getreidekammer der Ukraine, zu den Kohlen des Donez-Beckens und, in der Hoffnung auf neue Hilfstruppen, zur Unterstützung der georgischen Selbständigkeitsbestrebungen wie zum Stoß auf das kaspische Öl führten. Aber er

---

[8a] Zitiert nach Karl Helfferich, Der Weltkrieg III, S. 324.

[9] Bothmer a. a. O., S. 28. Sowohl Bothmer (S. 28, 43—44, 54, 56) wie Blücher a. a. O., S. 15f., geben Beispiele deutscher Beziehungen zu antibolschewistischen Kreisen. Vgl. auch die, allerdings tendenziöse, Darstellung in: Fritz Klein, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917—1932 (Berlin 1952), S. 43.

[9a] Vgl. Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914—18, S. 436—460, 496—506.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fragte sich auch, ob nicht von der Ukraine aus eine Wiederherstellung des russischen Reichs ausgehen könnte[9b], und er hoffte, deutsches Siedlungsland im baltischen Raum zu gewinnen. So jagte er mehreren Zielen nach, ohne eine Politik konsequent weiterzuverfolgen, und kam nirgends – auch im Westen von seinen Angriffs- und den bald folgenden Abwehrschlachten steigend in Anspruch genommen – über Halbheiten hinaus.

Nicht anders aber auch das Auswärtige Amt. Es hat eine großzügige und dauerhafte Lösung der Ostprobleme in diesen Monaten nicht betrieben, ja nicht einmal zu entwickeln versucht; denn noch schienen ihm die Dinge allzusehr im Fluß, als daß es sich einseitig binden zu dürfen glaubte. „Da der Weiterverlauf ganz unübersehbar war, durften wir nicht auf eine Karte setzen, vor allem nicht auf eine so blutbefleckte", resümiert Blücher[9c]. Auch sonst verzichtete der Staatssekretär des Auswärtigen, von Kühlmann, mehr und mehr darauf, eine eigene Politik zu treiben. Er konnte gegen den härteren Willen in der O. H. L. nicht mehr aufkommen, seitdem er Ende Februar die Kündigung des Waffenstillstandes in Brest, entgegen seiner besseren Einsicht, hingenommen hatte[9d]. So nahm auch das Auswärtige Amt die Politik der von militärischen Tagesnotwendigkeiten diktierten Maßnahmen hin, die zu immer weiteren Besetzungen im Ostraum führte. Andererseits boten aber die Sowjets für eine sofortige Realisierung der erhofften Vorteile aus dem Friedensvertrag immer noch eine bessere Gewähr als die in sich gespaltene und über weite Räume verteilte antibolschewistische Opposition, ganz abgesehen von deren ententistischen Neigungen.

So standen sich die beiden Regierungen hüben und drüben, in Berlin wie in Moskau, in einer durchaus zwiespältigen Haltung gegenüber, wenn freilich auch aus sehr verschiedenen Gründen. Doch bahnte sich, während das gegenseitige Mißtrauen natürlich nie völlig schwand, im Frühsommer 1918 eine merkliche Besserung, zumindest in den offiziellen deutsch-russischen Beziehungen, an. Carr bezeichnet als Hauptgrund für den Wandel in Rußlands Haltung die wachsende Gefahr, welche der neuen Regierung aus der Intervention alliierter Truppen zu drohen schien: die ersten japanischen Streitkräfte landeten in Wladiwostok im April, Ende Mai ging die in Rußland befindliche tschechische Legion zur antibolschewistischen Seite über, und einen Monat später landeten die ersten britischen Truppen an der Murmanküste[10]. Ein weiterer Grund dürfte in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der neuen Regierung zu suchen sein. Die Wiederbelebung des russischen Außenhandels war, in den Worten des Volksbeauftragten (und späteren Volkskommissars für Handel und Industrie) Krassin, „die im Augenblick lebenswichtigste Frage"[11]. Außerdem hofften die Russen, einen Anteil an den

[9b] Ludendorff a. a. O., S. 450.

[9c] A. a. O., S. 15.

[9d] Ludendorff a. a. O., S. 449.

[10] Carr a. a. O. III, S. 79, 87; Bothmer a. a. O., S. 42, 53.

[11] Lubov Krassin, Leonid Krassin: His Life and Work (London 1929), S. 83. Vgl. auch Bothmer a. a. O., S. 31.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Getreidevorräten der Ukraine zu erlangen, um die in vielen Gegenden drohende Hungersnot abzuwenden.

Auch die deutsche Politik wurde aus ähnlichen Gründen zur Aufgabe ihrer Zwiespältigkeit und Zweideutigkeit, zu einer entschiedenen Stellungnahme aufgerufen. Mit der Landung alliierter Truppen erhob sich erneut das Gespenst eines Zweifrontenkrieges; und angesichts der angespannter werdenden Lage an der Westfront, wo der durchschlagende Erfolg der großen Offensive versagt blieb, mußte man um so mehr suchen, die seit Brest-Litowsk erwartete wirtschaftliche Ernte einzubringen[12].

Tatsächlich hatte der Friedensvertrag bereits weitere Verhandlungen zwischen den beiden Partnern in Aussicht gestellt. Als daher im Mai, aus den oben angeführten Gründen, die beiderseitige Bereitwilligkeit für derartige Verhandlungen gegeben war, kamen diese endlich in Gang. Die allgemeine Problematik der deutschen Ostpolitik dieser Monate ist wohl in großem Überblick ausgezeichnet erörtert worden[12a]. Über die Einzelheiten der deutsch-russischen Besprechungen, die etwa drei Monate dauerten und in den Verträgen vom 27. August 1918 ihren Niederschlag fanden, ist jedoch bisher nur sehr wenig bekannt[13]. Rußland wurde dabei durch Adolf Joffe sowie durch Leonid Krassin vertreten[14]. Letzterer verfügte auf Grund seiner Tätigkeit als Leiter der Siemens-Schuckertwerke in Moskau über zahlreiche deutsche Geschäftsverbindungen, die der glatten Abwicklung der Verhandlungen zugute kamen[15]. Die Zahl der deutschen Verhandlungsteilnehmer war erheblich größer; neben den Vertretern des Auswärtigen Amtes (Nadolny und Kriege), des Reichskanzlers (von Prittwitz und Graf Kessler)[16] und der O. H. L. (Schlubach), waren der Führer der Nationalliberalen, Stresemann, sowie Kommerzienrat Litwin von der Deutschen Ausfuhrgesellschaft an den Besprechungen beteiligt. In dieser deutschen Teilnehmerliste kommt nicht nur die oben berührte Mehrgleisigkeit der militärisch-politischen Leitung zum Ausdruck. Es beginnen nun auch Angehörige des Reichstages, der seit dem Juli des Vorjahres steigendes Gewicht erlangt hatte, in außenpolitischen Dingen mitzusprechen, wenn auch

---

[12] Bothmer a. a. O., S. 53f., 106—107.

[12a] Kurt von Raumer, Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne: Die deutsche Ostpolitik vom Sommer 1918, in: Baltische Lande, Bd. IV, erste Lfg. (Leipzig 1939), S. 1—13. Hingegen ist die Darstellung von Erwin Hölzle (Der Osten im ersten Weltkrieg, Leipzig 1944, S. 44ff.), die Deutschland vorwirft, sich damals nicht zum Herrn Rußlands gemacht zu haben, höchstens als Spiegelbild zeitgebundener Illusionen von Interesse.

[13] Vgl. Carr a. a. O. III, S. 81.

[14] Ebenda. Carr erwähnt dazu noch Larin, Sokolnikov und Menshinski als russische Verhandlungsteilnehmer. In den deutschen Dokumenten werden diese jedoch nicht erwähnt.

[15] Die Briefe K.s an seine Frau enthalten leider keinerlei Einzelheiten über die Verhandlungen. Vgl. Krassin a. a. O., S. 78ff.

[16] Vgl. Friedrich von Prittwitz und Gaffron, Zwischen Petersburg und Washington (München 1952), S. 95f., sowie Harry Graf Kessler, Walter Rathenau, Sein Leben und sein Werk (Berlin 1928), S. 299.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch durch zufällige Verbindung begünstigt: Das im folgenden zum ersten Mal belegte Auftreten des späteren Außenministers, der nach Locarno den Berliner Vertrag mit der Sowjetunion abschloß, in diesen deutsch-russischen Verhandlungen, ist durch seine nahen Beziehungen zu Litwin zu erklären, während Litwins Rolle darauf zurückzuführen ist, daß er als gebürtiger Russe gute Beziehungen zur anderen Seite (u. a. Krassin) besaß[17]. Sowohl Stresemann wie Litwin wurden hauptsächlich in den wirtschaftlichen Teil der Verhandlungen eingespannt. Da jedoch Stresemann zugleich über gute Beziehungen zur O. H. L. verfügte, so fiel ihm manchmal auch die Rolle des Vermittlers zwischen den im einzelnen unklaren und widerspruchsvollen Zielen des Auswärtigen Amtes und der O. H. L. zu.

Das hier veröffentlichte dokumentarische Material über diese Verhandlungen bezieht sich hauptsächlich auf Litwins und Stresemanns Tätigkeit. Es stammt aus dem bisher unveröffentlichten Teil des Stresemannschen „Nachlasses", doch wurden zur Ergänzung auch einige Akten des Auswärtigen Amts herangezogen, soweit sie sich mit den deutsch-russischen Beziehungen befassen[18]. Die Verhandlungen begannen Ende Mai, nachdem Krassin aus Schweden in Berlin eingetroffen war[19]. Schon Helfferich sprach in seinen Erinnerungen davon, daß die Aufnahme der Verhandlungen in Berlin auf Veranlassung Tschitscherins erfolgt sei[19a]. Diese Version einer russischen Initiative bestätigt sich durch den Inhalt des ersten der hier veröffentlichten Dokumente, eine Aufzeichnung Stresemanns vom 5. Juli 1918[19b]. Die Unterhaltung wird nämlich von Joffe sogleich über die anfängliche Frage eines Wirtschaftsabkommens hinausgeführt, indem er ein solches nur als die Voraussetzung für eine intimere Anlehnung des sowjetischen Rußland an Deutschland, ja für ein Bündnis bezeichnete. Er erklärte, immer drängender, daß nicht nur Lenin und Trotzki mit einer solchen Politik einverstanden seien, sondern bejahte auch auf Befragen die Möglichkeit einer Wendung der russischen Politik „von ihren utopistischen Zielen" zu der „praktisch-sozialistischen Politik" einer „breiter fundierten Regierung".

Um die gleiche Zeit, Anfang Juli, erhielt Stresemann eine Einladung zum Fünf-Uhr-Tee beim russischen Gesandten, um „bei dieser angenehmen Gelegenheit

---

[17] L. war Generaldirektor der Deutschen Evaporator A. G., zu deren Aufsichtsrat Str. gehörte. Über die Beziehungen der beiden vgl. Hans W. Gatzke, The Stresemann Papers, „Journal of Modern History" XXVI, March 1954, S. 57.

[18] Sämtliches Material befindet sich auf Film in den National Archives, Washington, D. C. Vgl. Gatzke, The Stresemann Papers, und Fritz T. Epstein, Zur Quellenkunde der neuesten Geschichte, in dieser Zeitschrift II (1954), 3, S. 322. Eine noch vollständigere Dokumentation dieser wichtigen Vorgänge war leider nicht möglich, da die darauf bezüglichen Akten des Auswärtigen Amtes unter der Masse der schon der Forschung zugänglichen Weltkriegsakten nicht aufgefunden werden konnten.

[19] Krassin a. a. O., S. 79.

[19a] A. a. O. III, S. 450.

[19b] Das Dokument selbst ist ungezeichnet, doch geht Stresemanns Verfasserschaft hervor aus einem Hinweis einer anderen, von ihm verfaßten Aufzeichnung, hier veröffentlicht als Dokument 2, vgl. unten S. 79.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über verschiedene Fragen . . . Meinung zu tauschen"[20]. Stresemann nahm an und hatte am 7. Juli ein 5½stündiges Gespräch mit Joffe und Krassin. Zu Beginn entwarf Krassin ein ausführliches Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands (welches aus Raummangel im folgenden nicht wiedergegeben wird), in den rosigsten Farben gehalten und in scharfem Kontrast zu der Darstellung, die er fast gleichzeitig in Briefen an seine Frau gibt[21]. „Insgesamt (so faßt Stresemann diesen Teil des Gesprächs zusammen) stellten die Herren die Lage so dar, daß der Staatssozialismus in Rußland keine Anarchie im Wirtschaftsleben herbeigeführt hätte, sich auch praktisch schließlich nur in einer schärferen Betonung der Arbeiterinteressen von dem Staatssozialismus in Deutschland unterscheide, daß die heutige Regierung durchaus gesinnt sei, Konzessionen gegenüber der wirtschaftlichen Durchführung des sozialistischen Prinzips zu machen[22]." Man behandelte darauf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern (Dok. 2). Hier wiederholten die Russen den Versuch, durch das Ausspielen weitgehender wirtschaftlicher Verlockungen die Basis einer gemeinsamen Politik aufzuzeigen, wobei sie versicherten, daß an Brest-Litowsk – so ungünstig auch dieser Friede sei – festgehalten werden solle. Sie erboten sich, das begehrte Getreide aus der Ukraine herauszuholen, unter angemessener Beteiligung für ihre eigenen hungernden Großstädte, betonten, daß die Sowjetregierung fest fundiert und daß „jede Verständigung mit der Entente ausgeschlossen sei", zumal zwischen ihnen und den Westmächten der große Gegensatz der Annullierung der fremden Staatsschuld läge. Sie wehrten sich allerdings gegen die „Ausweitungspolitik"[22a], die bisher von Deutschen und Türken betrieben worden war, und ließen erkennen, daß späterhin die Ukraine und das Don-Gebiet als „Lebensadern" an Rußland zurückfallen müßten. Dagegen schien ein russischer Verzicht auf Estland und Livland im Bereich des Möglichen zu liegen. Den russischen Unterhändlern, denen am Erfolg des Angebots sichtlich viel gelegen war, gelang es, auf ihren Gesprächspartner tiefen Eindruck zu machen, so daß Stresemann seine Eindrücke dahingehend zusammenfaßte, daß „der Gedanke einer deutsch-russischen Verständigung . . . in der Luft zu liegen" scheine. Auch er maß einem positiven Ergebnis großen Wert bei. „Mich bewegt augenblicklich vor allen Dingen die russische Zukunft (schrieb er in einem Privatbrief vom 13. Juli), von der ja unendlich viel für den Frieden abhängt. Ich habe mit dem Grafen Hertling über diese Frage ausführlich gesprochen, ebenso mit dem hiesigen russischen Botschafter Fühlung genommen und stehe im engen Konnex mit den leitenden militärischen und politischen Stellen, um dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlichen Hilfsmittel uns zur Verfügung

[20] „Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann", Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C., container 3077, exposure 136143 (künftig zitiert als: Stresemann, „Nachlaß", 3077/136143).

[21] Krassin a. a. O., S. 79.

[22] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136152.

[22a] Nach einer Prägung von Kurt von Raumer in: „Das Ende von Helfferichs Moskauer Mission 1918", in: „Gesamtdeutsche Vergangenheit", Festschrift für Heinrich Ritter v. Srbik, S. 392ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gestellt werden, damit wir dadurch unangreifbar werden und dem allgemeinen Frieden näherkommen"[23].

In der Tat, auf dieser Ebene näherten sich die Gesprächspartner sichtlich einander. Die Russen machten präzisere Vorschläge, was nicht ohne Wirkung blieb. In einem Brief Litwins an Stresemann heißt es: „Ich ... habe mit Herrn Graf Kessler verabredet, daß wir, falls es Ihnen genehm ist, am Dienstag um 10 Uhr bei Ihnen den detaillierten Vertragsentwurf ausarbeiten, der an die zuständigen Stellen zwecks Prüfung und evtl. Ergänzung weitergegeben werden soll, und den Herr Legationsrat von Prittwitz dann am Dienstag abend nach dem Hauptquartier mitnimmt"[24]. Dieser hier erwähnte Entwurf liegt nun offenbar in einem undatierten Schriftstück vor, von dem nicht auszumachen ist, ob es von Litwin oder Stresemann stammt (Dok. 3).

So detailliert die Vorschläge waren, die amtliche deutsche Politik war noch keineswegs bereit, auf diese Linie einzuschwenken. Am 2. Juli hatte in Spa eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und der O. H. L. über den Gesamtkomplex der Ostfragen stattgefunden (Dok. 4). Dabei vertrat Ludendorff nochmals seine bisherige Abbröckelungspolitik, äußerte stärkstes Mißtrauen gegenüber dem unehrlichen sowjetischen Treiben und schien an einen bevorstehenden Sieg der monarchistischen Elemente zu glauben[24a]. Diese Auffassungen hatte er auch schon vertreten in einem Schreiben an den Reichskanzler vom 9. 6. 1918. Sein Gegensatz zum Auswärtigen Amt kam verschiedentlich deutlich zum Ausdruck, besonders in der Frage deutscher Zusammenarbeit mit den Donkosaken[25], was er sich um so mehr leisten konnte, als in eben diesen Tagen Staatssekretär von Kühlmann wegen seiner Rede vom 24. Juni sich zum Rücktritt genötigt sah. So lenkte in der Besprechung der Vertreter des Auswärtigen Amts, Gesandter von Rosenberg, bei anfänglich abweichenden Auffassungen immer wieder ein, und in Spa wurde noch einmal die alte Rußlandpolitik der O. H. L. auch der Reichsregierung aufgenötigt, wie der Bericht Rosenbergs an das Auswärtige Amt bestätigt (Dok. 5).

Wenige Tage nach dieser Konferenz im Großen Hauptquartier wurde Graf Mirbach in Moskau ermordet. Die Täter kamen aus den Reihen der Sozialrevolutionäre, die damit die deutsch-russischen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen wünschten. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Die deutsche Regierung konnte sich augenblicklich keineswegs eine Erschwerung ihrer östlichen Beziehungen erlauben, und da die Russen ihr ernsthaftes Bedauern bekundeten, wurde der Zwischenfall in diplomatisch korrekter Weise beigelegt[26]. Als Nachfolger Mirbachs traf am 28. Juli der frühere Vizekanzler Dr. Helfferich in Moskau ein. Er

---

[23] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136169, Str. an Justizrat Müller.

[24] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136175.

[24a] Vgl. Ludendorff, Urkunden der Obersten Heeresleitung, S. 488ff.

[25] Ein ähnlicher Gegensatz bestand zwischen dem Auswärtigen Amt und der deutschen Delegation in Moskau: Vgl. Bothmer a. a. O., S. 105, 112, 113, 125; Karl Helfferich a. a. O. III (Berlin 1919), S. 462.

[26] Carr a. a. O. III, S. 82f.; Bothmer a. a. O., S. 70ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war bekannt für seine Antipathie gegenüber den Sowjets, und man weiß, daß er in den Gedankengängen einer auf konservative Kräfte des alten Rußland rechnenden Ostkonzeption lebte. Die Tatsache jedoch, daß eine so bedeutende, den deutschen Finanz- und Wirtschaftskreisen nahestehende Persönlichkeit die Botschaft übernahm, erschien den Russen als ein Zeichen dafür, daß Deutschland zumindest an besseren Wirtschaftsbeziehungen gelegen war[27]. Während seines Aufenthaltes in Moskau hatte Helfferich die schon bekannte Unterredung mit Tschitscherin über eine eventuelle Intervention deutscher Truppen gegen die im Gebiet von Murman gelandeten Engländer, ein Plan, der schon in früheren Verhandlungen erwähnt worden war, und der auch in dem geheimen Notenwechsel zu den Ergänzungsverträgen vom 27. August eine Rolle spielte[28]. Übrigens konnte Helfferich gar nicht zu einem planvollen Arbeiten kommen, er blieb nur zehn Tage auf seinem Posten und wurde wegen „sachlicher Meinungsverschiedenheiten" wieder abberufen[29]. Ausschlaggebend für dieses schnelle Beiseiteschieben Helfferichs war wohl der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze, der als ehemaliger kaiserlicher Marine-Attaché (1903–1908) und danach als Militärbevollmächtigter am Zarenhof mit russischen Verhältnissen gut vertraut und an Rußland viel stärker interessiert war als der mehr westlich orientierte Kühlmann. Er sah die Lösung des Dilemmas der deutschen Ostpolitik in einem Entgegenkommen gegenüber den Bolschewisten. In einer Besprechung mit Stresemann betonte der Staatssekretär, daß er „alles tun werde, um zu guten Abmachungen für den Osten zu kommen"[30]. „Hintze", schreibt Blücher, „pflegte weiter die Beziehungen mit den Bolschewiken und trug sogar bei einem gesellschaftlichen Anlaß, auf dem er mit Bolschewiken zusammentraf, ostentativ eine rote Nelke im Knopfloch"[31]. Wenn trotzdem die Verhandlungen mit den Russen anfangs noch nicht weiterkamen, so lagen die Gründe hierfür weiterhin bei der O. H. L. Darüber berichtet ein Schreiben Litwins an Stresemann vom 10. August (Dok. 6) sowie ein gleichzeitiger Briefwechsel zwischen Stresemann und Graf Kessler[32]. Stresemann weilte damals zur

---

[27] Wheeler-Bennett a. a. O., S. 342. Über H.s Moskauer Mission vgl. Helfferich a. a. O. III, S. 449ff.

[28] Vgl. die Darstellung in Carr a. a. O. III, S. 83—85, wo sich auch die nötigen Quellenhinweise finden.

[29] Über den Konflikt vgl. Helfferich, a. a. O., S. 490ff., und den schon Anm. 22a zitierten Aufsatz Kurt von Raumers über „Das Ende von Helfferichs Moskauer Mission 1918". Eine glättende Version findet sich in einem Protokoll über die „Sitzung des Königl. Staatsministeriums vom 3. Sept. 1918", Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C., container 1613, exposure 675392ff. Hier heißt es: „Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß Exzellenz Helfferich eine andere Auffassung über die Behandlung der russischen Sowjetregierung gehabt habe. Diese hätte indessen die verantwortlichen Stellen nicht zu einer Änderung der Politik veranlassen können. Wegen dieser sachlichen Meinungsverschiedenheiten habe er Exzellenz Helfferich hierher gerufen und ihn jetzt gebeten, nicht mehr nach Rußland zurückzugehen . . .".

[30] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136259.

[31] Blücher a. a. O., S. 19.

[32] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136258ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erholung auf Rügen. Um den Verhandlungen weiterzuhelfen, schrieb er von dort einen Brief an Oberstleutnant Bauer in der Hoffnung, auf diese Weise Einfluß auf Ludendorff zu gewinnen und diesen umzustimmen (Dok 7). Mit bewundernswerter Klarheit und Objektivität legt Stresemann hier die verschiedenen Gründe dar, die nach seiner Meinung einen deutsch-russischen Vertrag wünschenswert machten. Gleichzeitig benutzte er Ludwig Stein von der „Vossischen Zeitung" für seine Pläne. Letzterer verhandelte sowohl mit Helfferich wie mit der russischen Botschaft. Aus seinem Bericht an Stresemann geht hervor, daß das größte Hindernis der deutsch-russischen Verständigung in der Weigerung der deutschen Militärbehörden bestand, Südrußland (d. h. das Dongebiet) und die Gegend von Baku zu räumen (Dok. 8). Um nichts unversucht zu lassen, unterbrach Stresemann schließlich seinen Urlaub, damit er seinen persönlichen Einfluß in Berlin geltend machen konnte. Hierüber berichtet er in einem Brief an Graf Kessler vom 15. August (Dok. 9).

Aber inzwischen hatte sich auch aus anderen Gründen der Widerstand der O. H. L. gegen eine Abmachung mit den Sowjets gemindert. Seit dem „schwarzen Tag" des 8. August war die militärische Lage an der Westfornt derart ernst, daß der politische Einfluß der Heerführer zurückging und eine baldige Regelung der Verhältnisse im Osten auf dem Verhandlungswege zur gebieterischen Notwendigkeit wurde. Jetzt kamen die unterbrochenen Besprechungen mit den Sowjets in einen schnellen Gang und schienen endlich – wenngleich in teilweise anderer Form – zu dem von Stresemann gewünschten Erfolg zu führen (Dok. 10 u. 11). Im letzten Augenblick erhoben sich dann noch einmal Schwierigkeiten durch das unabhängige Vorgehen der Türken gegen Baku[33]; doch am 23. August konnte Litwin Stresemann mitteilen, daß nach Joffes Ansicht alles „in vollster Ordnung" sei (Dok. 12).

Die sog. Ergänzungsverträge zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurden am 27. August in Berlin unterzeichnet. Es handelte sich um zwei Abkommen, ein politisches und ein finanzielles, sowie um einen geheimen Notenwechsel gleichen Datums zwischen Joffe und Hintze. Rußland verpflichtete sich darin zur Zahlung von 6 Milliarden Mark, verzichtete auf Estland und Livland, erkannte die Unabhängigkeit Georgiens an und versprach 25 Prozent der Ölerzeugung von Baku an Deutschland zu verkaufen. Deutschland seinerseits erklärte sich bereit, seine Truppen aus Weißrußland zurückzuziehen, keine weiteren russischen Gebiete zu besetzen und keinerlei militärische Unternehmungen gegen die Sowjetregierung zu unterstützen. Rußland versprach ferner in dem geheimen Notenaustausch, die alliierten Streitkräfte aus Nordrußland zu vertreiben und nötigenfalls hierbei die Hilfe deutscher und finnischer Truppen in Anspruch zu nehmen[34].

---

[33] Stresemann, „Nachlaß", 3077/135924. Vgl. auch: Carl Mühlmann Das deutsch-türkische Waffenbündnis im Weltkrieg (Leipzig 1940), Teil F.

[34] Dies sind nur einige der wichtigsten Vertragsbestimmungen. Der Text der Verträge befindet sich in: Karl Strupp, Die Friedensverträge I. Die Ostfrieden (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 134, Berlin 1918), S. 372ff. Der Notenwechsel

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über den Wert und die Bedeutung dieser Verträge für die beiden Vertragspartner gibt es die entgegengesetztesten Urteile[35]. In diesem Zusammenhang dürften daher die Erklärungen interessieren, die Staatssekretär von Hintze und sein Unterstaatssekretär von dem Bussche kurz vor bzw. nach ihrer Unterzeichnung abgaben (Dok. 13 und 14). Was den weiteren Rahmen der deutsch-russischen Beziehungen angeht, so liegt die größte Bedeutung dieser Verträge sowohl in der Tatsache, daß sie einen Wandel im deutsch-russischen Verhältnis herbeiführten — hinweg von einem einseitig diktierten „Vertrag", wie er in Brest-Litowsk abgeschlossen worden war, zu einem mehr durch „Geben wie Nehmen" gekennzeichneten Abkommen auf Gegenseitigkeit – als auch darin, daß sie ohne Beteiligung der früheren Vertragspartner Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei verhandelt wurden[36]. Darüber hinaus kann der Historiker aber wohl hier die ersten Regungen einer Entwicklung sehen, die ihre Erfüllung einige Jahre später in Rapallo fand. „Vielleicht", schrieb Stresemann im September 1918, „wendet sich das ganze Gesicht Deutschlands in Zukunft etwas mehr dem Osten zu, und wir finden dort einigen Ersatz für das, was auf dem Gebiete des überseeischen Wettbewerbs vorläufig für uns nicht zu erlangen ist[37]." *Hans W. Gatzke*

Dokument 1

Ungezeichnete Niederschrift (wahrscheinlich von Dr. Stresemann)[1]

Berlin, den 5. Juli 1918

Bei der heutigen Besprechung mit Herrn Kommerzienrat Litwin und dem Reichstagsabgeordneten Stresemann, referierte Herr Litwin über seine inzwischen stattgefundenen Unterredungen mit dem russischen Botschafter Herrn Joffe und dem Delegierten der russischen Regierung Herrn Krasnin [sic], Generaldirektor der Siemens-Schuckertwerke in Moskau, der, obwohl nicht Maximalist, als langjähriger Freund von Lenin sich in den Dienst von dessen praktischen Bestrebungen gestellt hat.

Herr Litwin teilte folgendes mit:

In wirtschaftlicher Beziehung ist die russische Regierung, wie Herr Joffe mitteilte, bereit, in engster Gemeinschaft mit der deutschen Regierung zu arbeiten. Insbesondere machte Herr Joffe folgenden Vorschlag: Da die deutsche Regierung aus der

ist in den Europäischen Gesprächen Bd. 4 (1926), S. 148—153, abgedruckt. Der deutsche sowie russische Text sämtlicher Abkommen, zusammen mit einigen der Vertragsentwürfe, findet sich in: „Auswärtiges Amt, Weltkrieg, Großes Hauptquartier, Abkommen II", Mikrofilm in den National Archives, Washington, D. C., container 2744/passim.

[35] Während M. Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg (Berlin 1920), S. 246ff. die Verträge als viel zu scharf kritisiert, findet Wheeler-Bennett a. a. O., S. 346ff. sie weit milder als die Verträge von Brest-Litowsk. Vgl. auch die Kritik Helfferichs a. a. O. III, S. 454, 476ff., 496ff.

[36] Vgl. Carr a. a. O. III, S. 86.

[37] Stresemann, „Nachlaß", 3077/135711: Str. an Kommerzienrat Stollwerck.

[1] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136131ff. Für die Autorschaft vgl. Vorbemerkungen Anm. 19b.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ukraine durch ihre bisherigen Maßregeln nichts herausbekommt[2], Herr Joffe dagegen überzeugt ist, daß durch eine Mitwirkung der gegenwärtigen großrussischen Regierung große Vorräte aus der Ukraine herauszuziehen wären, so soll die deutsche Regierung der ukrainischen Regierung gestatten, an die russische Regierung 360 000 Tonnen Getreide zu liefern; diese Lieferung soll in allerkürzester Zeit erfolgen. Die russische Regierung würde sich dann verpflichten, da sie für ihre eigenen Bedürfnisse nur 180 000 Tonnen nötig hat, die überschießenden 180 000 Tonnen der deutschen Regierung zu überlassen. Der Übergang des Getreides nach Rußland und nach Deutschland würde sich am zweckmäßigsten nach Ansicht des Herrn Joffe auf der Bahnstation Orscha vollziehen, wo eine deutsche Kommission diesen Übergang überwachen könnte. Die russische Regierung wäre bereit, für Überlassung der 180 000 Tonnen Getreide aus der Ukraine im Austausch der deutschen Regierung Rohstoffe zu überlassen, unter anderem Kautschuk, Textilwaren, Kupfer und andere Rohstoffe, über die eine Einigung zu erzielen wäre.

Dieses Abkommen wäre als Grundlage gedacht für den Ausbau weiterer intimer wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Insbesondere würde die Lieferung von Getreide an die hungernden Großstädte in Rußland für die russische Regierung den Anlaß bieten, die Stimmung des russischen Volkes, die gegenwärtig einem näheren Abkommen mit Deutschland nicht freundlich gesonnen ist, zu bearbeiten und in einem für Deutschland günstigen Sinne zu beeinflussen. Dieses wäre nach Ansicht des Herrn Joffe die Grundvoraussetzung für eine intimere Anlehnung Rußlands an Deutschland. Im Prinzip ist Herr Joffe einer solchen Anlehnung durchaus geneigt. Herr Joffe äußerte bei dieser Gelegenheit, daß jetzt auch Trotzki ebenso wie Lenin eine Anlehnung an Deutschland suchen. Die jetzige russische Regierung betrachte den Brester Frieden als fait accomplit [sic] mit dem sie ein für allemal zu rechnen hätten und wünscht nur, daß Deutschland sich an diesen Friedensvertrag hält, damit wäre sie zufrieden. Sie würde aber insofern über den Brester Frieden hinausgehen, als sie bei engerer Anlehnung an Deutschland bereit wäre, den Wünschen Deutschlands in den Ostseeprovinzen Rechnung zu tragen[3]. Den russischen Interessen müßte allerdings hierbei insofern entgegengekommen werden, als in den an Deutschland angeschlossenen Osteeprovinzen der russischen Wirtschaft jede Form der Erleichterung für ihre Ausfuhr und Einfuhr gewährt würde.

Ein öffentlich bekanntzugebendes Bündnis mit Deutschland würde allerdings heute noch bei der in Rußland vorherrschenden Volksstimmung auf Schwierigkeiten stoßen[4]. Indessen wäre die jetzige russische Regierung bereit, mit Deutschland ein Abkommen zu treffen, das ein solches deutsch-russisches Bündnis vorbereitet, und im Hinblick hierauf die Lieferung von Getreide an die hungernden Großstädte auszunutzen, die Stimmung im oben gekennzeichneten Sinne durch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu beeinflussen. Auch ist Herr Joffe der Ansicht, daß wenn diese Voraussetzung verwirklicht wird, ein Stimmungsumschwung in relativ kurzer Zeit (in wenigen Monaten) herbeizuführen sein würde, so daß dann auch öffentlich ein deutsch-russisches Bündnis proklamiert werden könnte.

---

[2] Über die deutschen Schwierigkeiten in der Ukraine vgl. Wheeler-Bennett a. a. O., S. 315ff.; Die deutsche Okkupation der Ukraine (Straßburg 1937), in der russ. Ausgabe Teil der Serie „Die Geschichte des Bürgerkriegs in Dokumenten" (Krach germanskoi okkupatsii na Ukraine, Moskau 1936); Vgl. auch John R. Reshetar, The Ukrainean Revolution (Princeton 1952).

[3] Diese Wünsche bezogen sich auf die Abtrennung von Estland und Livland. Stresemann schrieb, daß er sich für einen deutsch-russischen Vertrag einsetze, „da er uns Estland und Livland endgültig sichert". Vgl. Stresemann, „Nachlaß", 3077/136210.

[4] Vgl. hierzu Carr a. a. O. III, S. 80.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Joffe ist ferner der Überzeugung, daß die jetzige russische Regierung mit den tschechisch-slowakischen und den von der Entente im Murmangebiet gelandeten Truppen fertig werden könne, wenn ihr von der deutschen Regierung nur der Rücken gedeckt wird, d. h. daß sie eine militärische Unterstützung seitens Deutschlands dann nicht nötig hätte, sondern daß die bloße Sicherheit von seiten Deutschlands genügen würde, um der russischen Regierung die Kraft zu geben, die tschechisch-slowakischen und ententistischen Truppen aus Rußland zu verjagen und die Gefahr, einen neuen Krieg im Osten erstehen zu sehen, zu beseitigen.

Sobald ein Abkommen zwischen Rußland und Deutschland getroffen wäre, wäre Rußland bereit, Deutschland alle Rohstoffe, die es benötigt, insbesondere Baumwolle, Manganerze, Öle usw. in weitgehendstem Maße zur Verfügung zu stellen. Auch ist Herr Joffe der Überzeugung, daß dieser Weg viel schneller und sicherer zum Ziele führt, als die von Deutschland bisher eingeschlagenen.

Herr Joffe hat Herrn Litwin gegenüber den Wunsch geäußert, daß — falls der im vorstehenden skizzierte Weg von der deutschen Regierung eingeschlagen wird — der Entschluß hierzu möglichst umgehend verwirklicht und eine zuverlässige und mit den russischen Verhältnissen genau bekannte Privatperson mit den Unterhandlungen in Berlin und Moskau sofort betraut wird. Der amtliche Weg wäre erst in einem späteren Stadium der Verhandlungen einzuschlagen.

Herr Litwin hat inzwischen mit Herrn Joffe verabredet, daß Herr Joffe telegraphisch bei der russischen Regierung und Herr Litwin selber bei der deutschen Regierung in unverbindlicher Weise sondiere, ob beide Regierungen mit der vorgeschlagenen politischen und wirtschaftlichen Linie einverstanden sind. Sowohl Herr Joffe wie Herr Krasnin [sic] haben außerdem der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die maximalistische Regierung unter den gegebenen Verhältnissen bereit ist, von ihren utopistischen Zielen abzusehen und eine praktisch-sozialistische Politik durchzuführen.

Bei Gelegenheit dieser Unterredung mit Herrn Joffe hat Herr Litwin auch die Frage gestreift, ob eine Umbildung der russischen Regierung und eine Ergänzung auf einer breiteren Basis in den Bereich der praktischen Möglichkeit fiele. Herr Joffe konnte keine positive Antwort hierauf geben, war aber persönlich der Ansicht, daß falls die anderen sozialistischen Parteien Kenntnis davon erhielten, daß die deutsche Regierung eine auf breiterer Basis neu gebildete Regierung unterstützen würde, das Zustandekommen einer solchen breiter fundierten Regierung im Bereich der Möglichkeit läge.

Herr Litwin ist der Ansicht, daß wenn ihm in dieser Hinsicht klare Aufträge erteilt werden, er ein solches Resultat zu erzielen nicht außerstande sein würde. Auch stellt er sich in jeder Hinsicht zur Verfügung, um die Pläne der Regierung in dieser Richtung durchzuführen.

Dokument 2

Ungezeichnete Aufzeichnung Dr. Stresemanns[5]

In einer Unterredung, die ich am Sonntag, den 7. Juli, mit den Herren Joffe und Krassin, auf Einladung des Herrn Joffe hatte, wurden die gegenwärtigen Verhältnisse zwischen der russischen Republik und dem Deutschen Reiche erörtert. Das Ergebnis der $5^1/_2$stündigen Besprechung möchte ich in folgendem niederlegen:[6]

---

[5] Stresemann, „Nachlaß", 5077/136144ff. Ohne Datum, jedoch mit handschriftlichen Korrekturen Stresemanns.

[6] Hier folgt zunächst die oben erwähnte und hier ausgelassene Beschreibung der russischen Wirtschaftslage durch Krassin.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirtschaftsverkehr Rußland—Deutschland

Auf meine Frage, ob ein Wirtschaftsverkehr zwischen Rußland und Deutschland bereits eingetreten sei, antworteten sie verneinend und betonten, daß hierin auch eine der Hauptursachen für die unbefriedigenden Verhältnisse zwischen Rußland und Deutschland läge. Die für Berlin geplanten deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen hätten in Wirklichkeit noch gar nicht begonnen, man habe lediglich über Finanzfragen gesprochen. Rußland lege Wert darauf und setze gewissermaßen seine Ehre darein, die gegenüber Deutschland übernommenen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Verpflichtungen beständen einmal in der Zahlung der rückständigen Zinsen für die in deutschen Händen befindliche russische Anleihe. Rußland sei bereit, die hiernach Deutschland geschuldeten 250 Millionen Mark zu zahlen und zwar zu $^3/_5$ in Gold und $^2/_5$ in Rubeln. Es sei aber selbstverständlich, daß die Unterhändler von den Berliner Verhandlungen nicht lediglich mit dem Ergebnis zurückkommen könnten, daß sie große Goldlieferungen an Deutschland zu machen hätten. Man komme bei den Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt leider nicht weiter. Die Herren des Reichswirtschaftsamtes faßten die Sache verkehrt auf, denn sie glaubten, das ganze Austauschgeschäft von vornherein auf bestimmte, genau abgemessene Lieferungen zwischen Rußland und Deutschland, in der Innehaltung bestimmter Termine einstellen zu können. Leider sei in Rußland infolge der politischen Vorgänge der Glaube an die Erfüllung deutscher Versprechungen sehr erschüttert worden. Wenn man den Russen sage, daß bestimmte Lieferungen erfolgen müßten, da man auch auf deutsche Lieferungen rechnen könne, so werde man die russischen Arbeiter doch nicht bewegen, hierzu ihre Zustimmung zu geben, da man fürchtet, daß Deutschland seine Versprechungen nicht halten würde. Ein Weg, den er (Krassin) vorschlage und der von selbst zu einem Austausch führen würde, sei der, daß Deutschland sich bereit erklärt, etwa 3 oder 5000 Tonnen Kohlen mit einem Dampfer nach Petersburg zu schicken[7]. Sobald diese Kohlen ankämen, und von den Petersburger Arbeitern und durch die russische Presse auch dem russischen Volk gesagt werden könne, daß Deutschland sich auch der schweren wirtschaftlichen Notlage Petersburgs annehme, werde das Weitere von selbst erfolgen. Die Petersburger Arbeiterkomitees und der Ökonomische Arbeiterausschuß würde dann sofort dasjenige liefern, was Deutschland als Gegenwert verlange; sei es an Kupfer, seien es Manganerze, seien es Textilwaren oder andere Lieferungen. Die russische Regierung sei auch bereit, falls Deutschland gegen diese Vorlieferung von Kohlen Bedenken hätte, ein Pfand zu stellen, etwa in der Form der Hinterlegung von Platin bei einer Stockholmer Bank im Werte der betreffenden Kohlenladung mit der Maßgabe, daß dieses Pfand an Deutschland verfalle, falls Rußland seinen Gegenverpflichtungen nicht nachkomme. Deutschland gehe hierin doch kein Risiko ein und solle sich auf diesen Standpunkt stellen. Der Russe fasse alle diese Sachen viel mehr mit dem Gemüt, wie mit dem Verstande auf. Eine Handlung Deutschlands, die als ein Entgegenkommen gegenüber der russischen Not angesehen und hingestellt werden könne, würde einen viel größeren Eindruck machen, als theoretisch wirtschaftliche Abmachungen.

Politisches Verhältnis

Das Gespräch lenkte von hier auf die politischen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern über. Die Herren erklärten, daß die heutige russische Regierung durchaus geneigt sei, den Frieden von Brest zu halten, obwohl er für Rußland sehr ungünstig sei. Die offiziellen Unterhändler hätten Bedenken gehabt, dem Frieden zuzustimmen; ein Besuch an der Front hätte sie aber davon überzeugt, daß die Soldaten gegen die

[7] Diese Kohlenlieferung fand tatsächlich statt. Vgl. Carr a. a. O. III, S. 82.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landabtretungen keine Bedenken gehabt hätten; damals sei das Gefühl gegen Deutschland ein sehr freundliches gewesen. In den Sprachen der Soldatenausschüsse hätte man den Unterhändlern damals gesagt: „Es ist uns ganz gleichgültig, ob diese Randvölker zur russischen oder zur deutschen Demokratie gehören." Inzwischen sei die Stimmung allerdings eine ganz andere geworden, denn Deutschland halte sich zunächst an den Frieden von Brest gar nicht gebunden. Wiederholt sei die Demarkationslinie im Süden Rußlands verändert worden und immer dringe das deutsche Militär weiter vor, so daß man gar nicht wisse, was von Rußland noch übrig bleiben werde. Was sei es für ein Zustand, wenn der russische Botschafter Herrn von Kühlmann frage, ob denn das Deutsche Reich die Donrepublik als unabhängigen Staat anerkannt habe, Herr von Kühlmann dies verneine, wenn eine solche Anerkennung auch seitens Rußlands nicht stattgefunden hätte, trotzdem deutsche Truppen das Dongebiet besetzten und einen dortigen Russen als Herrscher anerkennen. Man sage sich jetzt in Rußland: Deutschland will Rußland zum wirtschaftlichen Niedergang zwingen, um dadurch die Sowjetregierung zu stürzen und die Kadetten bzw. die Monarchie in Rußland zur Herrschaft zu bringen. Als Beweis führe man an, daß Deutschland durch die *Besetzung der Ukraine*[8] Rußland von seinen Getreidebezügen, *durch die Besetzung* des Dongebiets Rußland von seinen Kohle*bezügen und* durch die Besetzung des Kaukasus Rußland von *seinen* Erzbezügen abschneide. Diese fortwährenden Verluste von Land, das Verbot des Handels dieser Länder mit Rußland habe eine maßlose Erbitterung hervorgerufen. Alles was die Zaristische Regierung während des Krieges an Aufreizung der Bevölkerung durch Flugblätter usw. gegen Deutschland versucht habe, sei gering zu bewerten gegenüber der Erbitterung, welche dieses militärische Vorgehen der Deutschen herbeigeführt habe.

Ich entgegnete darauf, daß der deutschen Politik eine wirtschaftliche Niederkämpfung Rußlands sicher ganz fern läge, da wir doch gar keine Veranlassung hätten, den imperialistischen Kadetten zur Herrschaft zu verhelfen. Die Besetzung der Ukraine sei meiner Auffassung nach aus dem Grunde erfolgt, weil Deutschland für die Brotversorgung Österreich-Ungarns und für seine eigene Versorgung gefürchtet habe und sich die Getreidezufuhr aus der Ukraine sichern wollte, da davon Deutschlands Bestehen in dem Existenzkampf gegenüber der Entente mit abhänge. Ein deutsches Vorgehen im Kaukasus habe überhaupt nicht stattgefunden, im Gegenteil habe Deutschland, wie den Herren doch wohl bekannt sei, gegen ein weiteres Vordringen der Türken bei den letzten Verhandlungen Einspruch erhoben und die Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens richte sich weit weniger gegen Rußland wie gegen die Absicht der Türkei, sich des Kaukasus zu bemächtigen.

Bezüglich des Kaukasus erwiderten die Herren darauf, daß ihnen wohl bekannt sei, daß es sich hier um ein türkisches Vorgehen handle, andererseits könnten sie aber auch an der Tatsache nicht vorbei, daß die Türkei und Deutschand in all diesen Fragen ihnen gegenüber immer gemeinschaftlich auftreten. Auf die Frage Rußlands, ob Deutschland zugestehen würde, daß sie sich mit einer eigenen Truppenmacht gegen die vordringenden Türken wehrten, habe Deutschland erklärt, daß es eine solche Zusicherung nicht geben könne. Rußland müsse also dieses türkische Vordringen tatenlos geschehen lassen und zusehen, wie ihm bald von Deutschland, bald von der Türkei ein Stück Land nach dem anderen wie Fetzen vom Leibe gerissen würde, ohne sich dagegen wehren zu können. Das schaffe die Erbitterung, unter der die Sowjetregierung leide, der von ihren Gegnern vorgeworfen würde, daß sie Rußlands Zukunft den Deutschen preisgäbe.

Besonders erbitternd, so wurde hinzugefügt, habe das Vorgehen der Deutschen be-

[8] Hier fehlt eine Ecke des Schriftstücks. Die *kursiv* eingefügten Wörter stellen den Versuch des Herausgebers dar, das Original zu rekonstruieren.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

züglich der Schwarzmeerflotte gewirkt. Unter dem Einfluß der russischen Regierung sei die Flotte nach Sebastopol zurückgekehrt und habe sich damit unter die Kontrolle Deutschlands gestellt. Die russische Regierung habe diesen Schritt unternommen, obwohl die Entente dagegen protestierte, dieses Vorgehen Rußlands als Neutralitätsbruch gekennzeichnet habe. Kaum sei die russische Flotte von Noworossisk weggegangen, dann hätten die Türken mehrere wichtige Häfen in der Nähe von N. besetzt und Rußland sehe sich hier einem weiteren Vorgehen der Türken gegenüber, das ihr durch diese deutsche Maßregel aufgezwungen sei.

Die Herren kamen dann auf Vorschläge zurück, die ich schon in einer früheren Niederschrift[8a] zu Papier gebracht habe, und die darauf hinausgingen, daß Deutschland seine Zustimmung dazu geben müsse, daß Rußland zunächst in einem gewissen Gebiet der Ukraine die Getreideversorgung beider Länder in die Hand nehme. Sie seien überzeugt, daß sie das Getreide aus der Ukraine herausbekommen würden, das den Deutschen niemals zufallen würde. Der ukrainische Bauer sehe in dem Deutschen doch den Fremden und die heftigen Kämpfe, die dort zwischen deutschen Soldaten und ukrainischen Bauern stattfanden, verbitterten das Verhältnis beider Teile natürlich von Monat zu Monat. Sie seien überzeugt, daß in der Ukraine mehrere Millionen Tonnen Getreide vorhanden wären, heute hätte der Bauer sie vergraben, dem deutschen Eroberer würde er sie nicht geben, würde sich gegen ihn vielmehr mit Waffengewalt wenden. In dem Russen der Gegenwart stecke heute noch etwas von dem Russen des Jahres 1812, der Moskau verbrannte und einen großen Teil des Landes der Verwüstung übergab, aber durch Zwang nicht zu bewegen war, sich dem Eroberer zu beugen. Rußland könne von dem Getreide, das es aus der Ukraine erhalte, Deutschland etwas abgeben. Man könne noch einen gewissen Schlüssel des Getreides verteilen [sic], das alsdann erhältlich wäre. Deutschland würde dabei viel besser wegkommen wie jetzt, und andererseits würden die Zufuhren von Getreide nach Rußland das russische Volk für ein künftiges Zusammengehen mit Deutschland gewinnen.

Ich machte demgegenüber die Einwendung, daß es mir fraglich schiene, ob Rußland aus der Ukraine Getreide erhalten könnte, wenn es ihm gegenwärtig nicht möglich wäre, von den russischen Bauern genügend zu bekommen. Sie wiesen demgegenüber darauf hin, daß sie in der Lage wären, der an manchen Gütern vollkommen ausgehungerten Ukraine Tauschgüter anzubieten und daß andererseits die bolschewistischen Strömungen in der Ukraine sehr stark wären, so daß sie auf dem Lande, gerade in der Ukraine, auch in ihren Bestrebungen auf Erhalt von Getreide Erfolg haben würden. Auf Vorbehalt erklärten sie sich auch bereit, daß auch bezüglich dieser auszuführenden Textilwaren eine Vereinbarung mit Deutschland stattfände und daß Deutschland auch daran partizipiere.

Die Frage, ob denn die Sowjetregierung fest fundiert sei, glaubten die Herren unbedingt bejahen zu können. Auf seiten der Sowjets ständen einmal die Arbeiter in den Städten und zweitens die Bauern auf dem Lande, die der Sowjetregierung das Land dankten, das ihnen Kerenski teilweise noch vorenthalten hätte. Die übrigen Richtungen in Rußland hätten keine Macht hinter sich. Beweis dafür sei auch der Umstand, daß Petersburg, obwohl dort die Verhältnisse am schwersten wären, bei den Wahlen zu den Sowjets mit 95% aller abgegebenen Stimmen die Kandidaten der Sowjets gewählt hätte.

Die tschechisch-slowakische Gefahr sehen die Herren nicht als eine sehr große an. Aus einer Stadt, in der die Tschecho-Slowaken eingedrungen wären, wären sie bereits nach kurzer Zeit durch die Bauern herausgetrieben worden, die sich bewaffnet hätten und gegen die Eindringlinge vorgegangen wären.

[8a] Vermutlich Dokument 1; vgl. Vorbemerkung.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bezüglich der Allgemeinrichtung ihrer Politik erklärten sie, daß für die Sowjetregierung jede Verständigung mit der Entente ausgeschlossen sei, zumal zwischen ihnen und der Entente der große Gegensatz der Annullierung der fremden Staatsschuld läge. Es sei selbstverständlich, daß die Entente schon aus finanziellen Gründen alles tun würde, um sie zu stürzen. Die Grundlagen für ein Bündnis mit Deutschland seien beim Friedensschluß gegeben gewesen. Gegenwärtig herrsche allerdings gegen Deutschland eine große Erbitterung und käme man zu einem geregelten wirtschaftlichen Verkehr und höre die Angst Rußlands auf, daß ihnen eine Provinz nach der anderen entrissen werde, so sei trotzdem an ein erträgliches Verhältnis zu denken, das sich später zum Bündnis ausgestalten könnte.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Bestrebungen und ihren sonstigen politischen Sorgen sprachen die Herren noch den Wunsch aus, daß es ihnen möglich wäre, mit der Obersten Heeresleitung in nähere Fühlung zu kommen, sie hätten die Empfindung, als wenn die Aussprache, die Herr Krassin mit Ludendorff gehabt hätte, gut gewirkt habe[9]. Man hätte ihnen bezüglich der Regulierung gewisser Dinge, die von ihnen verlangt wurden, wenigstens Zeit gelassen. Die Verhältnisse seien noch in einigen Punkten unklar. Man dürfe von ihnen nicht verlangen, daß sie alles bis zu einem bestimmten Tag erfüllten, man solle ihnen gegenüber nicht in Form von Ultimaten auftreten.

Die territoriale Frage (Estland und Livland) habe ich nicht erwähnt, ganz allgemein hatte ich die Empfindung, daß die heutige Regierung auch den diesbezüglichen Forderungen Deutschlands einen aktiven Widerstand nicht entgegensetzen würde, wenn Rußland darin Aussicht gemacht werden könnte, daß ihm späterhin die Ukraine und das Dongebiet wieder zufällt, da sie erklärten, daß beides Lebensadern für Rußland wären, auf die sie nicht verzichten könnten. Jedenfalls scheint der Gedanke einer deutsch-russischen Verständigung, die von größtem Einfluß auf unsere inner- und außenpolitischen Verhältnisse von Einfluß [sic] sein könnte, in der Luft zu liegen, wenn sie mit Geschick angefaßt wird, wobei die Wahrung unserer berechtigten Interessen uns durchaus möglich wäre.

Dokument 3

Ungezeichnete Niederschrift[10]

Auf Grund der Zusammenkünfte der Herren Joffe, Krassin, Dr. Stresemann, Geheimrat Nadolny, Kommerzienrat Litwin, Legationsrat von Prittwitz und Graf Kessler hat sich die Bereitwilligkeit der russischen Regierung ergeben, mit der deutschen einen auf weitgehendste wirtschaftliche Zusammenarbeit gerichteten Vertrag zu schließen.

Aus den Äußerungen der beiden erstgenannten russischen Herren ergibt sich, daß nach deren Wünschen dieser Vertrag etwa folgenden Inhalt haben müßte:

I. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die Versorgung Großrußlands mit Getreide, Kohlen, Eisen, Naphtha und anderen Rohstoffen aus den von deutschen Truppen besetzten oder durch Vormarsch der deutschen Truppen abgeschnittenen Gebieten Südrußlands wieder in normaler Weise zu ermöglichen.

Zu diesem Zweck müßte zunächst der weitere Vormarsch der deutschen Truppen in Südrußland eingestellt werden. Ferner müßten diejenigen Besatzungstruppen, die

[9] Vgl. Krassin a. a. O., S. 86ff.

[10] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136136ff. Wahrscheinlich Mitte Juli. Vgl. Vorbemerkungen S. 74.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegenwärtig die Verbindung zwischen Nordrußland, dem Kubangebiet und dem Kaukasus unterbrechen, zurückgenommen und eine Demarkationslinie gezogen werden, die die über Bjelogorsk und Rostow nach dem Kuban und Kaukasus führende Eisenbahnlinie wieder unter russische Oberhoheit bringt. Die von Herrn Joffe vorgeschlagene Demarkationslinie ist auf der einliegenden Karte rot eingezeichnet[11].

II. Auf Grund der wiederhergestellten Verbindung zwischen den obengenannten Gebieten und Nordrußland würde die großrussische Regierung es unternehmen, aus dem Kuban- und Kaukasusgebiet Getreide und Rohstoffe zu gewinnen und von diesen einen vertraglich näher zu bestimmenden Prozentsatz an Deutschland abzugeben. (Herr Litwin schlägt vor, daß diese Verteilung je zur Hälfte an Rußland und Deutschland erfolgen soll.)

Die Verteilung soll durch eine gemischte Kommission beaufsichtigt werden, die je zur Hälfte aus deutschen und russischen Abgeordneten bestehen soll. Diese Kommission hätte an Ort und Stelle die Verladung und Installierung der betreffenden Warentransporte zu beaufsichtigen. Gleichzeitig hätte sie die Einfuhr der als Gegenleistung für die Rohstoffe und die Erzeuger zu liefernden Waren zu vermitteln. Diese Waren wären sowohl von Rußland als auch von Deutschland zu liefern.

III. Herr Litwin schlägt weiter vor, daß Rußland sämtliche überschüssigen Rohstoffe und Getreide zuerst Deutschland anbieten muß, soweit nicht Lieferungen an neutrale Staaten für deren eigenen Gebrauch in Betracht kommen.

IV. Sollte ein solcher Vertrag zustande kommen und von Deutschland strikte eingehalten werden, so würde nach Ansicht der russischen Herren dadurch einmal die bolschewistische Regierung befestigt werden, ferner aber auch ein Stimmungsumschwung in Rußland von Deutschland mit Hilfe dieser Regierung eintreten. Herr Krassin äußerte, daß ein solcher Stimmungsumschwung nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den breiteren Volksmassen längstens innerhalb sechs Monaten sich auf Grund eines solchen Vertrages herbeiführen ließe.

Herr Krassin erklärte die Bereitwilligkeit der russischen Regierung auf Grund eines solchen Vertrages die Verpflichtung zu übernehmen, daß sie sich im Laufe des Krieges unter keinen Umständen an irgendeinem gegen Deutschland gerichteten Unternehmen beteiligt; auch das russische Gebiet nicht als Aufmarschgebiet für Ententetruppen zuzulassen, sondern jeden solchen Versuch mit Waffengewalt abzuwehren.

Herr Litwin hat vorgeschlagen, daß diese Bestimmung dadurch ergänzt wird, daß sich die russische Regierung verpflichten soll, im Falle eines solchen gegen die Zentralmächte gerichteten Unternehmens auf russischem Gebiete, falls Rußland es nicht mit eigenen Mitteln binnen kurzer Frist zurückschlagen kann, die militärische Hilfe Deutschlands in Anspruch zu nehmen.

Dokument 4

Protokoll über die Besprechung der schwebenden politischen Fragen unter Vorsitz Seiner Majestät zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung[12].

Spa, den 2. Juli 1918

[11] Die Karte fehlt im Stresemannschen „Nachlaß".

[12] Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes, „Der Weltkrieg 15 Geh.", Mikrofilm in den National Archives, Washington, D. C., 1500/628482ff. Es finden sich in den Akten zwei Protokolle dieser Sitzung, eines vom Auswärtigen Amt und ein weiteres der O. H. L. Da beide im wesentlichen übereinstimmen, wird hier die Version des A.A. wiedergegeben. Wo das Protokoll der O. H. L. abweicht oder Zusätzliches bringt, wurde hier der Text der O. H. L., ebenso wie die Namen der Sitzungsteilnehmer, in *Kursivschrift* gebracht.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

General Ludendorff erläutert die gegenwärtige politische Lage in Rußland. Die gegenwärtigen Verhältnisse in Großrußland versprechen keine Dauer. Die Stellung der Bolschewiki ist stark geschwächt und die monarchistischen Elemente haben in letzter Zeit stark an Einfluß gewonnen. Mit einem Umschwung muß jederzeit gerechnet werden. *Gewinnt die Entente an Einfluß so müßten wir vielleicht Kräfte vom Westen nach dem Osten schieben. Unser Streben muß es daher sein, die Verhältnisse so zu beeinflussen, daß unser Rücken gesichert bleibt und daß wir der Entente die Hoffnung nehmen, Rußland noch einmal gegen uns auf die Beine zu bringen.*

Finnische Frage: Unsere Anregung einer gemeinsamen Aktion Rußlands und Finnlands gegen die Entente in Murman ist von der bolschewistischen Regierung abgelehnt worden. Sie hetzt jetzt mit dieser Anregung bei den Monarchisten. Was soll geschehen, wenn Rußland die Engländer nicht aus Murman herauswirft?

v. Rosenberg: Wir werden Finnland aufmuntern, gegen die Murmanbahn vorzugehen, und es mit Waffen, Rat und Tat, evtl. auch mit Truppen unterstützen. Ein englischer Staat darf jedenfalls an der Murmanküste nicht bestehen bleiben.

General Ludendorff: Verhalten gegenüber den Monarchisten in Rußland: Wir dürfen die Monarchisten nicht verprellen. Dafür müssen wir uns gewisse Garantien schaffen.

Reichskanzler: Ist besorgt, wenn ein monarchistisches Rußland wieder erstarkt, und bezweifelt, daß die Monarchisten den Brester Vertrag anerkennen werden.

General Ludendorff: Mitteilungen mehren sich, daß die Monarchisten dies tun werden.

Kriegsminister:[128] *bestätigt dies. Die Monarchisten finden sich mit dem Baltikum ab, wollen aber unterstützt werden bei der Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland.*

Ludendorff: Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Ukraine. Ein lebensfähiger selbständiger ukrainischer Staat wird nie entstehen. Der nationale Gedanke der Ukraine steht und fällt mit der Anwesenheit unserer Truppen. Wir müssen für alle Eventualitäten gerüstet sein.

Major Brinkmann: Die ukrainische Regierung krankt daran, daß keine nationalistischen Elemente vorhanden sind, die Regierungsämter übernehmen könnten. Alle führenden Köpfe sind Großrussen. Gegen die jetzige Regierung richtet sich die Agitation aller ukrainischer Chauvinisten. Sie hat eigentlich keinerlei Anhang hinter sich.

Gen. Ludendorff: Die Monarchisten wollen geschlossenes Rußland. Dieser Traum braucht ihnen durchaus nicht genommen zu werden, wir müssen aber verlangen, daß sie sich auf den Boden des Brester Friedens stellen. Wenn die Monarchisten auch die Ordnungselemente darstellen, dürfen wir doch keinen Versuch machen, die Bolschewisten in der jetzigen Zeit zu stürzen.

Reichskanzler: ist einverstanden.

Seine Majestät: Wir sind in die Ukraine gegangen, um Lebensmittel zu erhalten. Dort wollen wir im russischen Chaos einen Platz der Ordnung schaffen. Wir dürfen uns nicht dem Wahne hingeben, daß die Ukraine dauernd von Großrußland getrennt werden kann. Die Ukraine ist slawisch ebenso wie Großrußland. Die beiden werden wieder zusammenkommen. Um Kiev können sich jetzt alle russischen Ordnungselemente scharen und von hier aus kann die Neugeburt Rußlands erfolgen.

Gen. Ludendorff: Das Auswärtige Amt wünscht eine möglichst schnelle Entfestigung der Aalands Inseln, ich muß aber auf einer dilatorischen Behandlung dieser Frage bestehen. Schweden beging mit dem vor kurzem abgeschlossenen Handelsabkommen gegen uns eine große Unfreundlichkeit. Der Militärattaché ist der Ansicht, daß dies eine Handhabe bietet, um die Entfestigung hinauszuschieben.

---

[128] Generalleutnant von Stein.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichskanzler: Die Reichsregierung ist hiermit einverstanden.

Gen. Ludendorff: Bei den Verhandlungen mit Joffe hat die Frage eine Rolle gespielt, ob Reval in Zukunft Festung bleiben solle. Wir können nicht die Verpflichtung auf uns nehmen, Reval nicht zu befestigen. Dies ist einer Großmacht unwürdig und würde leicht zu neuen Reibungen führen.

Kriegsminister: Eine solche Verpflichtung ist höchst bedenklich. Die Abmachungen wegen Hüningen vom Jahr 1815 haben uns bis vor dem Krieg ständig Unannehmlichkeiten mit der Schweiz verursacht.

Gen. Ludendorff: Die Marine hat in Libau eine Großstation errichtet[13]. Reval kommt hierfür nicht in Frage. Wir können daher den Russen gewisse Zusicherungen geben. Reval wäre für Petersburg nur dann eine Bedrohung, wenn wir es im Stile von Kiel oder Wilhelmshaven ausbauten. Dies ist nicht beabsichtigt.

Ges. v. Rosenberg: Joffe hofft mit uns wegen Estland und Livland einig zu werden. Soll ich nach Berlin mitteilen, daß wir ihm das Zugeständnis aussprechen könnten, daß in Reval keine Marinestation errichtet werden soll?

Staatssekretär des Reichsmarineamts: Auf einen U-Bootstützpunkt in Reval können wir nicht verzichten. Wenn diese Frage auch in den nächsten Jahren nicht akut werden dürfte, so bleibt ein solches Versprechen doch sehr bedenklich.

Gen. Ludendorff: Meine Anregung bezog sich nicht auf einen Stützpunkt, sondern auf eine Station, d. h. auf eine konzentrierte maritime Machtstelle.

Staatssekretär des Reichsmarineamts: Es muß jedenfalls ganz klargestellt werden, was unter Station verstanden werden soll.

Gen. Ludendorff: Ich glaube wir können uns mit dem Vorschlag Rosenbergs einverstanden erklären.

Obost meldet, daß Ansiedelungsfrage beim Landtag in Dorpat nun sehr akut werden dürfte. In Kurland ist diese Frage der Regelung nahe. Auch in Livland und Estland wird der Landtag $^1/_3$ des Großgrundbesitzes abtreten, wenn er sieht, daß Deutschland fest entschlossen ist, sich der Länder anzunehmen.

Wegen Festlegung der Grenze habe ich dem Auswärtigen Amt verschiedene Wünsche mitgeteilt. Einer dieser Wünsche war die Verlegung der Grenze zum Ostufer des Peipus-Sees. Dies ist aber eine Frage kleinerer Bedeutung. Militärisch schwerwiegend ist der Besitz von Dünaburg mit seinen Bahnen. Dieser Anspruch geht über die Abmachungen des Brester Vertrages hinaus. Ich bin mit der Reichsregierung einig, daß dieses Ziel einzig auf dem Verhandlungswege erreicht werden muß, vielleicht im Austausch gegen südlich liegendes Gebiet.

Feldeisenbahnchef[14]*:* Aufmarschlinie für Baltikum vollständig ungenügend. Rascher Ausbau des Bahnwesens unmöglich. Nur Bahn Riga—Dünaburg kann uns sichern.

Gen. Ludendorff: Militärischer Aufmarsch ohne Besitz dieser Bahn ganz unmöglich; würde über vier Wochen dauern. Nur durch den Besitz von Dünaburg und durch den Bau einer Bahn durch den sogenannten polnischen Grenzstreifen kann Sicherheit gewonnen werden.

In der Ukraine herrscht mühsam aufrecht erhaltene Ruhe. Falls Entente in Großrußland Oberhand gewinnt, wird es dort passive Stütze finden. Wir können aktive Unterstützung nicht in der Ukraine, aber vielleicht bei Donkosaken finden. Diese kämpfen ebenso wie Tschecho-Slowaken gegen die Bolschewisten. Falls sie sich vereinigen, ist zu fürchten, daß Donkosaken auch ins Ententenlager übergehen. Wir müssen daher Beziehungen zu den Kosaken aufrecht erhalten. Beeinflussung ist

[13] Das Protokoll der O. H. L. lautet: „Die Marine will in Libau eine Marinestation errichten."

[14] Oberst von Oldershausen.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur durch Geld möglich. Ich bitte das Auswärtige Amt, mich hierbei reichlich zu unterstützen. Es dürfte sich empfehlen, daß mir das Geld stillschweigend ohne besondere Anweisung zur Verfügung gestellt wird.

Kriegsminister: Es kommt darauf an, daß die Oberste Heeresleitung[15] mich gegen das Reichsschatzamt unterstützt. Von dieser Seite ist Hauptwiderstand zu erwarten. Die bisher von mir geforderten 15 Millionen sind für die Durchführung dieser Aufgabe viel zu gering. Die Beeinflussung der Kosaken ist ein Erfordernis unserer Kriegsführung. Wir müssen die nötigen Mittel aufwenden.

Gen. Ludendorff: Ohne Geld können wir die Kosaken nicht halten. In diesem Falle könnte unsere Lage schwierig werden. Auch mit Getreidezuschüssen können wir dann nicht mehr rechnen.

Ges. v. Rosenberg: Jede Million, die wir in Rußland ausgeben, ist eine ersparte Million. Das Auswärtige Amt wird die Wünsche der Obersten Heeresleitung beim Reichsschatzamt warm befürworten.

Wegen des Gebiets der Kubankosaken bitte ich zu beachten, daß sie noch ein Bestandteil des russischen Reiches sind. Eine zu große Belastung der bolschewistischen Regierung sollte vermieden werden. Die russische Regierung hat sich neuerdings bereit erklärt, die Selbständigkeit Georgiens anzuerkennen, wenn wir uns im Dongebiet desinteressieren und die Selbständigkeit der Kosaken nicht anerkennen.

Gen. Ludendorff: Wir brauchen aber das Dongebiet und vor allem Baku. Es handelt sich hier um eine notwendige militärische Maßnahme. Falls wir uns um die Donkosaken nicht bekümmern, gehen sie zur Entente über. Dies muß angesichts der Lage an der Westfront verhindert werden.

Ges. v. Rosenberg: Es dürfte sich empfehlen, daß die hier als notwendig bezeichneten militärischen Maßnahmen gewissermaßen hinter dem Rücken der politischen Leitung erfolgen.

Gen. Ludendorff: Durchaus einverstanden.

Ges. v. Rosenberg: Wir können aber dann auch keine ausdrückliche Verpflichtung den Russen gegenüber übernehmen, daß wir uns im Dongebiet desinteressieren. Dies wäre illoyal.

Gen. Ludendorff: Hierauf lege ich kein Gewicht. Ich will nur verhindern, daß die Kosaken abschwenken.

Ges. [v.] Rosenberg: Im Notfall könnte unser Vorgehen den Russen gegenüber so erklärt werden, daß wir Geld zum Schutz der zahlreichen Deutschen im Dongebiet ausgeben müßten.

Kriegsminister: Wir sollten mit den Russen ausmachen, daß wir die Kosaken gegen die Tschechen unterstützen wollen.

Gen. Ludendorff: Damit wäre ich ganz einverstanden.

Reichskanzler: Am 5. 7. kommt Exzellenz Kriege hierher, um über diese Frage Vortrag zu halten.

Gen. Ludendorff: Wegen der Krim hatte ich einen langen Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt. Dort leitet mich der Gesichtspunkt, daß wir eine Regierung bekommen müssen, die das Land in Ordnung verwalten kann.

Major Brinkmann: Bei unserem Einmarsch in die Krim erwartete man allgemein, daß wir den Schutz des Landes übernehmen würden. Regierungsloser Zustand mußte ein Ende nehmen. Wir waren in einem Dilemma, weil eine Selbständigkeitserklärung des Landes auf Grund eines Volkswillens dort nicht zustande gebracht werden kann. *Jetzt beanspruchen Großrußland und die Ukraine die Krim. Eine Einigung hierüber ist zwischen beiden ebenso unmöglich, wie in der Grenzfrage. Ordnung muß jedenfalls geschaffen werden. Die bolschewistischen Verbrecher laufen dort noch frei herum.*

[15] Im Protokoll der O. H. L. heißt es hier „Reichsleitung".

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wir können keine rückwirkende Justiz vornehmen. Die Bevölkerung ist außer Stande, eine Regierung aufzustellen. General Sulkiewitsch ist bereit, im Einvernehmen mit uns das Land zu verwalten. Er lehnt aber jedes politische Zusammengehen mit der Ukraine ab. Eine solche Forderung würde den Sturz seiner Regierung zur Folge haben. Wir müssen damit rechnen, daß die Krim bald wegen der Anerkennung ihrer Selbständigkeit an die Reichsregierung herantreten wird.

Ges. [v.] Rosenberg: Mit dieser Behandlung der de facto Regierung bin ich einverstanden. Wir dürfen uns aber nicht zu weit vorwagen, da sie doch früher oder später an Rußland zurückfällt. So lange wir hoffen, daß wir uns mit Rußland gütlich einigen, können wir in der Anerkennungsfrage nicht von unserem Standpunkt abweichen. Ich habe den Georgiern geraten, bei Joffe den Versuch zu machen, die Anerkennung schon jetzt zu verlangen. Vielleicht könnte dies durch ein Zugeständnis in der Bakufrage erreicht werden. Derartige Zusicherungen würden auf die Russen einen starken Anreiz ausüben. Vielleicht könnte auch mit Geld auf Joffe eingewirkt werden. Die Georgier haben ihre Pläne in den letzten Wochen heraufgeschraubt, sie fordern nunmehr Bündnis, Militärkonvention und Handelsvertrag.

Gegen ein Bündnis habe ich ernste Bedenken. Georgien hat als mutmaßliche Gegner die Türkei und Rußland. In der Türkei würde ein deutsch-georgischer Bündnisvertrag viel böses Blut machen, und bei Rußland dürfen wir nicht übersehen, daß jede zukünftige Regierung ihr Auge auf den Kaukasus richten muß. Das Auswärtige Amt kann daher im jetzigen Zeitpunkt die Verantwortung für ein Bündnis mit Georgien nicht übernehmen.

Die Georgier können aber auch bereits mit gewissen Zusicherungen fürs erste befriedigt werden. Wir können ihnen versprechen, daß wir ihre Ansprüche auf die geschichtliche und ethnographische Grenze des Landes in jeder Weise unterstützen wollen. Außerdem kann ihnen zugesichert werden, daß wir nach Konsolidierung der Staatsverhältnisse in eine wohlwollende Prüfung der Bündnisfrage eintreten werden.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Georgien beurteile ich zuversichtlich. Die Diskontogesellschaft hat ein kapitalkräftiges Konsortium zusammengebracht, das dem Lande 50–80 Millionen Mark vorschießen will. Hierdurch wird der notwendigste Kapitalbedarf fürs erste gedeckt. Das Geld soll durch Hafengebühren von Poti und durch einen Exportzoll auf Mangan gesichert werden. Durch diese Transaktion erlangen wir Einfluß auf die georgischen Rohstoffe, vor allem das wichtige Manganerz, sowie auf das Bahnsystem. Die Verhandlungen schreiten günstig vorwärts.

Gen. Ludendorff: Ich erstrebe durchaus kein Bündnis. Ich möchte nur tatsächlich militärisch mit Georgien arbeiten können. Unsere Westfront braucht Menschen. Georgien hat gutes Soldatenmaterial. Wenn wir die Georgier hinhalten, erreiche ich mein Ziel nicht. Wir müssen Farbe bekennen. Dies ist auch der Türkei gegenüber notwendig, die erst dann nachgeben wird.

In Rumänien haben wir Steigerung der Ölausfuhr nicht zu erwarten. Unsere Kriegsführung braucht dringend das Naphtha aus Baku. Die Anerkennung Georgiens ist der einzig gangbare Weg nach Baku. Wir müssen zugreifen ohne zu zögern. Unsere Marine braucht das Öl. Die Ölfrage ist von kardinaler Wichtigkeit.

U. St. v. Radowitz: Eben trifft ein Telegramm vom Auswärtigen Amt ein, daß Joffe uns Öl aus Baku bestimmt zugesichert hat. Es dürfte sich empfehlen, die Beschlußfassung vorerst auszusetzen.

Gen. Ludendorff: Die Frage ist überhaupt noch nicht spruchreif. Wir müssen vorerst noch die Berichte von Kress[16] abwarten. Falls Envers Bruder Nuri doch noch auf Baku vormarschieren sollte, gibt es ganz neue Schwierigkeiten.

---

[16] Gen. Kress von Kressenstein, Leiter der deutschen Mission, die Georgien beim Ausbau seiner Selbständigkeit behilflich war.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ges. [v.] Rosenberg: verliest ein Telegramm von Mirbach, daß Russische Regierung aus dem Kubangebiet Lebensmittel liefern will, falls wir uns verpflichten, nicht weiter vorzurücken. Das Auswärtige Amt befürwortet die Annahme dieses Vorschlages.

Gen. Ludendorff: Joffe behauptet immer, daß wir unseren Vormarsch fortsetzen. Das ist gar nicht wahr. Ich bitte um Beweis. Lieferung durch die Bolschewisten werden wir nie erreichen. Die Ernährungsfrage in Petersburg ist in einem hoffnungslosen Zustande, auch steht ein Eisenbahnerstreik bevor. Wir müssen mit einer riesigen Hungersnot in Großrußland rechnen. Wie können die Bolschewisten in solchen Verhältnissen ihre Verpflichtungen einhalten?

Ich möchte nochmals betonen, daß wir selbsttätig unseren Vormarsch nicht fortsetzen. Das Auswärtige Amt glaubt anscheinend den Bolschewisten mehr als mir.

Seine Majestät: Wenn auch die Donkosaken zu den Bolschewikis hinneigen, so gibt es doch eine große Partei, die sich uns anschließen will. Die Verhandlungen mit General Krassnow[17] machen einen günstigen Eindruck.

Gen. Ludendorff: Krassnow möchte gern den Herzog von Leuchtenburg zur Fühlungnahme hierher senden[18]. Die Kosaken glauben bestimmt, daß die Tschechen gegen sie im Anmarsch sind.

Seine Majestät: Antirussische Zentrale kann nur in Tiflis gebildet werden. Wir müssen dafür aber den Kosaken Zusicherungen geben.

Gen. Ludendorff: Ich bitte den Vertrag auf Kosten der Kubankosaken nicht abzuschließen. Heutiges Telegramm des Auswärtigen Amtes über die restlichen Schiffe der Schwarzmeerflotte kenne ich noch nicht. Ich muß mir meine Stellungnahme vorbehalten, betone nochmals, daß mir im Interesse der Kriegführung die Ölfrage außerordentlich am Herzen liegt.

St. S. d. R. Marine-A.[18a]*:* U-Bootkrieg ist von Öl abhängig. Die Situation ist sehr prekär. Wir brauchen unbedingt das Öl aus Baku. Durch U-Boote und Flieger steigt der Verbauch ständig. Sogar das Steinkohlenteeröl wird bei uns sehr knapp.

Gen. Ludendorff: Wie will Joffe uns das Öl aus Baku liefern? Die Türken stehen doch noch zwischen Baku und Poti. Klarheit ist notwendig. Ohne Pumpleitung läßt sich Öltransport im Großen nicht bewerkstelligen, daher müssen wir Farbe bekennen.

St. S. d. R. Marine-A.: Das Reichswirtschaftsamt hat sich meinen Ausführungen ganz angeschlossen.

Ges. v. Rosenberg: Alle diese Punkte werden vom Auswärtigen Amt gewürdigt. Wir haben durchaus das Bestreben, den Georgiern entgegen zu kommen und haben für sie auch schon viel getan. Junge Völker aber sind überschäumend und man muß zuweilen etwas Wasser in den Wein gießen.

Gen. Ludendorff: Ich betone nochmals, daß ich auf Bündnis selbst keinen Wert lege, aber klare Verhältnisse wünsche. In Finnland war die Lage ganz ähnlich.

Ges. v. Rosenberg: Finnland haben wir auch nicht vor Rußland anerkannt.

Gen. Ludendorff: Ölfrage ist so ernst, daß ich das Auswärtige Amt bitten muß, mit aller Energie zu handeln. Die Gefahr, daß die Bolschewiki Baku anstecken könnten, halte ich nicht für ernst.

Ges. v. Rosenberg: Joffe würde sicherlich die Besetzung von Baku durch die Deutschen einer Besetzung durch die Türken vorziehen. Ich halte die Schwierigkeiten einer Verständigung mit ihm nicht für unüberwindlich.

Reichskanzler: Ich stelle fest, daß eine sachliche Differenz zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung nicht mehr vorhanden ist. Es handelt sich nur um die Frage des Tempos. Mit Exzellenz Kriege wird diese Frage weiter zu besprechen sein.

---

[17] Der Ataman der Donkosaken. Vgl. Helfferich a. a. O. III, S. 465ff.

[18] Vgl. Erzberger a. a. O., S. 247.

[18a] Admiral von Capelle.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Ludendorff: Ich habe mit dem Auswärtigen Amt nur einen Streitpunkt: Die Kriegsschiffe. Diese haben uns angegriffen und deshalb halte ich sie für Kriegsbeute. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, kann man nachher der Ukraine Schiffe abgeben. Nach den Erfahrungen von Zeebrügge brauchen wir verstärkte Verteidigung von Konstantinopel. Dies wäre möglich, wenn man meine Stellungnahme anerkennt. Auswärtiges Amt hat sich aber auf Brester Frieden gestellt und Rußland die Schiffe zugesprochen. Habe mich dann mit dem Auswärtigen Amt dahin zu einigen versucht, daß wir Schiffe im Nießbrauch behalten und erst nach allgemeinem Frieden zurückgeben.

St. S. d. R. Marine-A.: Wir standen anfänglich auf dem legalen Standpunkt hinsichtlich der Kriegsbeute. Inzwischen sind wir aber zur Ansicht der Obersten Heeresleitung gelangt und halten dilatorische Behandlung der Eigentumsfrage für die praktischste. Türken legen auf Schiffe großen Wert. Vielleicht könnte man sie zuerst nach den Dardanellen überführen, ohne die Besitzfrage zu klären. Ich befürchte Schwierigkeiten mit den Türken, wenn wir ihren Wünschen widerstreben.

Ges. v. Rosenberg: Das Auswärtige Amt steht auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß die Schiffe nicht Kriegsbeute sind. Gegen Nießbrauch haben wir aber nichts einzuwenden.

Gen. Ludendorff: Kriege war anderer Ansicht.

Seine Majestät: Die Benutzung der Schiffe ist Kriegsnotwendigkeit. Wir borgen die Schiffe für die Kriegsdauer.

Ges. v. Rosenberg: Hierdurch wird die Eigentumsfrage gar nicht präjudiziert.

Seine Majestät: Ich konstatiere allgemeine Einigkeit. Kriegsnotwendigkeit geht vor.

Gen. Ludendorff: Bei der Frage der deutschen Kolonisten ist es wichtig, ob die jungen Leute dienen wollen oder nicht.

Major Brinkmann: Die Kolonisten haben sich große Hoffnungen gemacht und erwarten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Die Frage, wie wir sie schützen können, ist noch nicht geklärt. In der Krim können wir leichter alles wünschenswerte für sie durchsetzen, in der Ukraine ist es sehr schwer.

Reichskanzler: Ich hatte eine Abordnung der Kolonisten empfangen, aber ihnen keine bestimmten Zusagen gemacht.

Gen. Ludendorff: Ich lege großen Wert darauf, daß wir möglichst viele dieser Leute bekommen zu Niederlassungszwecken in Grenzstreifen. Wenn wir ihnen die Staatsangehörigkeit geben, müssen sie aber auch bei uns dienen. Die Armee braucht Menschen. Wenn wir ihnen die Zusicherung machen, werden sie zu Opfern bereit sein.

Ges. v. Rosenberg: Ich schlage vor, demjenigen, der dient, die Staatsangehörigkeit zu erteilen. Wenn dies im Rahmen des bisherigen Gesetzes nicht möglich ist, müssen wir Novelle einbringen.

Gen. Ludendorff: Werbungen sind nur dann von Erfolg, wenn über die politische Zukunft eine Entscheidung getroffen ist. Auch in Estland und Livland arbeiten die Werbebüros nur langsam. Die Zukunft ist eben auch dort noch nicht geklärt.

Fortsetzung der Besprechung am 3. Juli 10 Uhr vormittags[19].

---

[19] Die Fortsetzung der Besprechung befaßte sich mit dem polnischen Problem sowie mit Westfragen. Eine stark gekürzte Version des Ergebnisses dieser Verhandlungen befindet sich in: Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 2 (Berlin 1925), S. 346f.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 5

Bericht des Gesandten v. Rosenberg an das Auswärtige Amt[20]

Telegramm Gr. Hauptquartier, den 2. Juli 1918
Der K. Gesandte an Auswärtiges Amt
Eilt.

Zu heute Nachmittag 3 Uhr war eine Sitzung anberaumt, in der der Herr Reichskanzler mit der Obersten Heeresleitung den gesamten Komplex der Ostfragen besprechen wollte. Im letzten Augenblick sagte Seine Majestät der Kaiser sein Erscheinen an. Unter seinem Vorsitz fand die Besprechung statt. Das Ergebnis ist in Kürze folgendes:

1. Bei den Verhandlungen mit Herrn Joffe soll nochmals versucht werden, die russische Regierung dazu zu veranlassen, daß sie uns zu einer Kooperation gegen die Engländer an der Murmanküste einlädt. Sollte dies scheitern, so soll versucht werden, die Finnländer zum Vorgehen gegen die Murmanküste zu bestimmen; eventuell würde ihnen dabei deutsche Unterstützung mit Waffen und Munition zuzusagen sein.

2. Der Herr Reichskanzler erklärte sich auf dringenden Wunsch der Obersten Heeresleitung damit einverstanden, daß die Entfestigung der Aalandsinseln dilatorisch behandelt werde.

3. Wenn Herr Joffe als Gegenleistung für unsere Forderungen in der Est- und Livländischen Frage den Verzicht auf die Befestigung von Reval fordert, soll dies mit der Begründung abgelehnt werden, daß Festungsanlagen bei einer Stadt wie Reval keinerlei offensiven, sondern lediglich defensiven Charakter haben können. Dagegen würde deutscherseits eventuell darauf verzichtet werden können, aus Reval eine Marinestation zu machen. Nach der Sprachweise der Obersten Heeresleitung und der Marine ist Marinestation ein viel weitgehender Begriff wie Marinestützpunkt. Auf die Benutzung Revals als Marinestützpunkt soll nicht verzichtet werden.

4. Die Oberste Heeresleitung legt auf eine schnelle Klärung der Est- und Livländischen Fragen Wert, da sich die englische Propaganda in diesen Gebieten neuerdings besonders rührig zeige.

5. Die Oberste Heeresleitung wünscht, daß die russische Grenze möglichst am Ostufer des Peipussees verlaufen und uns gewisse Zugeständnisse hinsichtlich der Eisenbahn bei Dünaburg gemacht werden sollen. Sie ist sich darüber klar, daß dies über den Rahmen des Brester Vertrages hinausgeht und will sich darum nötigenfalls zu Gegenleistungen an anderer Stelle bereit finden lassen. Einzelheiten wird Major Brinkmann mitbringen, der sich Ende der Woche von hier nach Berlin begibt.

Wie Freiherr von Lersner mir sagt, laufen die Wünsche der Obersten Heeresleitung hinsichtlich Dünaburgs darauf hinaus, bei dieser Stadt einen Brückenkopf östlich der Düna zu gewinnen. Dies kam in der heutigen Besprechung nicht zum Ausdruck.

6. Die Oberste Heeresleitung bezeichnet als eine unbedingte militärische Notwendigkeit, die Donkosaken durch Geld und Waffen für uns zu gewinnen, um sie von einem Zusammenschluß mit den Tschecho-Slowaken gegen die Bolschewisten abzuhalten. Selbständigkeitsbestrebungen der Donkosaken sollen dadurch nicht gefördert werden. Sie will den Kosaken die Unterstützung unter der Hand gewähren, so daß die politische Leitung nichts davon zu wissen braucht und die militärischen Stellen nötigenfalls desavouieren kann.

7. General Ludendorff und Exzellenz von Capelle erklärten, daß es eine Lebensfrage für uns sei, das Petroleum aus Baku für uns nutzbar zu machen. Die rumäni-

[20] Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes, „Der Weltkrieg 15 Geh.", Mikrofilm in den National Archives, Washington, D. C., 1500/628475ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Vorkommen reichten nicht aus. Es sei also notwendig, weiter mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Türken auf Baku vormarschierten. Außerdem müsse aber der Versuch gemacht werden, mit der russischen Regierung eine Einigung darüber zu erzielen, daß wir den Russen den Besitz von Baku garantierten und als Treuhänder für die Russen unsere Hand auf die dortigen Ölvorkommen legten. Die Ölfrage sei für uns so wichtig, daß wir nötigenfalls deutsche Truppen nach Baku schicken müßten. Seine Majestät der Kaiser, der die Wichtigkeit der Ölfrage besonders unterstrich, wünschte, daß die Verhandlungen mit Joffe benutzt würden, um eine Vereinbarung im vorstehenden Sinne zu erzielen. Generalfeldmarschall von Hindenburg bat mich persönlich, das Interesse des Auswärtigen Amtes für diese „Lebensfrage" zu gewinnen.

8. Die militärischen Stellen rechnen mit der Möglichkeit einer plötzlichen neuen Aktion der Engländer gegen die Meerengen. Um für eine solche Eventualität gerüstet zu sein, wollen sie die den Russen abgenommenen Schiffe nutzbar machen. Den Eigentumsrechten der Großrussen oder der Ukrainer soll damit in keiner Weise präjudiziert werden. Die militärischen Stellen hätten sogar nichts dagegen einzuwenden, daß der einen oder der anderen Partei schon jetzt von uns Eigentumsrechte zugebilligt würden, wenn sie sich mit der vorübergehenden Benutzung der Schiffe einverstanden erkläre. General Ludendorff betonte, daß er keinerlei praktische Maßnahmen treffen wolle, bevor er mit Exzellenz Kriege gesprochen habe.

9. Die Oberste Heeresleitung brachte die Wünsche der deutschen Kolonisten in der Ukraine zur Sprache. Sie legt Wert darauf, die dienstwilligen Elemente unter den Kolonisten in die Armee einzustellen und bittet zu prüfen, ob solchen Leuten und eventuell auch ihren Angehörigen die Reichsangehörigkeit zugesichert werden könne. Auch diese Frage soll mit Exzellenz Kriege bei seinem bevorstehenden Besuch im Großen Hauptquartier erörtert werden.

gez. von Rosenberg

Dokument 6

Aus einem Brief des Kommerzienrats Litwin an Dr. Stresemann[21]

Berlin, den 10. August 1918

... Die andere Angelegenheit ist inzwischen, trotzdem der Vertrag fertig paraphiert ist, und der Gehilfe des Vertreters[22] heute nach Moskau abreist, um die Genehmigung einzuholen, sehr ernst geworden. Meine Bedenken von vor 2 Monaten haben sich leider als richtig erwiesen, und es ist keine Zeit zu verlieren, damit die Sache nicht noch ernster wird. Ich habe von dem Vertreter verschiedene Vorschläge erhalten und ist meines Erachtens Ihre Anwesenheit, um mit der Badeverwaltung[23] zu verhandeln, absolut notwendig. Nur Sie sind in der Lage, den Mittelweg zum Eingreifen dort zu finden ...

Dokument 7

Aus einem Brief Dr. Stresemanns an Oberstleutnant Bauer[24]

Binz auf Rügen, den 8. August 1918

... Ich habe kürzlich in Berlin sehr ausführlich mit dem Grafen Büdingen und mit Herrn Leutnant Schlubach[25] über die schwebenden deutsch-russischen Verhandlungen gesprochen. Ich hörte zu meinem Bedauern, daß eine Einigung noch immer

[21] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136251 f.

[22] Der „Gehilfe" ist wohl Krassin, der „Vertreter" Joffe.

[23] Damit ist wahrscheinlich die Oberste Heeresleitung gemeint.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht erzielt ist, weil man sich über gewisse Grundfragen nicht zu verständigen vermag. Meiner Auffassung nach würde eine Verständigung zwischen Rußland und Deutschland gegenwärtig von der größten außenpolitischen und innerpolitischen Wirkung sein. Rußland bietet uns, soweit ich unterrichtet bin, den Verzicht auf Estland, Livland und Georgien, sowie die Zahlung von 6 Milliarden Mark an Entschädigung für unsere im Kriege gehabten Verluste an, davon eine große Zahlung in Gold, die unseren Goldbestand der Reichsbank mehr stärken würde als es jahrelange Goldsammlungen zu tun vermögen. Was das wirtschaftliche Georgien für uns bedeutet, brauche ich gerade gegenüber dem evtl. Wirtschaftskampf nach dem Kriege nicht zu betonen. Wichtiger aber erscheint mir, daß wir aus dem Zwiespalt herauskommen, indem wir politisch sonst zu Estland, Livland und Georgien stehen. Da wir leider in dem Friedensvertrag vergessen haben, sofort die Grenze weiter zu legen, waren wir bei dem Beginn unserer Reichstagsverhandlungen, die mehr die russischen Ansprüche als die deutschen unterstützten, in der Gefahr, dem englischen Einfluß in der Ostsee Tor und Tür zu öffnen. Wir dürfen nicht gegenüber der Außenwelt in den Verdacht kommen, daß wir Verträge schließen und sie einseitig aufheben. Das muß uns in der öffentlichen Meinung der Welt schaden und deckt unsere Gegner ebenso moralisch, wie es die politische Situation derjenigen schwächt, die sachlich für die Ostpolitik der Obersten Heeresleitung eintreten. Deshalb würde ich das deutsch-russische Abkommen schon aus dem Grunde begrüßen, weil es freie Bahn schafft und uns einen Rechtsteil[26] gibt, an dem nicht zu zweifeln ist.

Daß Rußland angesichts dieser materiellen Konzessionen auch Gegenleistungen fordert, ist verständlich. Wir sind ja längst über die Linie hinausgegangen, die im Brester Frieden für den Süden Rußlands gezogen worden ist. Inwieweit militärische Notwendigkeiten uns dazu zwangen, vermag ich als Laie nicht zu beurteilen. Jedenfalls glaube ich aber mit Ihnen doch darin einig zu sein, daß wir gar keine Veranlassung haben, unsere militärische Kraft im Süden Rußlands zu verzetteln, wo wir den letzten Mann für die Westfront brauchen; wenn wir nicht so weitgehende Pläne haben, die etwa auf einen Zug nach Indien hinzielen, würde ich unmaßgeblich aus diesem Grunde einen Abbau der militärischen Besatzung von Südrußland durchaus begrüßen. Jedenfalls sind aber die Konzessionen, die Rußland jetzt zu geben bereit ist, so gut, daß demgegenüber berücksichtigt werden müßte, was wir aufgeben, wenn es zu einer Einigung mit der heutigen russischen Regierung nicht kommt.

Nun unterschätze ich keineswegs die anarchistischen Zustände in Rußland und bin mir darüber klar, daß die heutige Regierung außerordentlich gefährdet ist, gefährdet durch ihre eigenen Fehler. Ich bin mir auch darüber klar, daß es für Deutschland nicht sehr angenehm ist, mit einer Regierung wie der bolschewistischen Arm in Arm zu gehen. Man zeigt sich nicht gern mit einem Strolche unter den Linden. Aber ich überlege mir rein realpolitisch, was wir denn von einer anderen Regierung in Rußland zu hoffen hätten. Herr Miljukow, der sich jetzt als deutschfreundlich aufspielt, verlangte doch in Kiew gegenüber Herrn von Mumm ganz fröhlich die Revision des Brester Vertrages und äußerte sich neuerdings in einem Interview, daß Rußland sowohl auf Polen, wie auf kein anderes Gebiet verzichten könnte[27]. Diese

---

[24] Stresemann, „Nachlaß", 3077/136264ff.

[25] Vertreter der O. H. L. bei den deutsch-russischen Verhandlungen.

[26] Offenbar verschrieben für Rechtstitel.

[27] Miljukow hatte als Außenminister der Regierung Lwow fungiert. Mumm war mit dem Rang eines Gesandten der Heeresgruppe Eichhorn in der Ukraine zugeteilt. Vgl. auch die abweichende Darstellung in: Helfferich a. a. O. III, S. 474. Über Miljukows Verhandlungen mit den Deutschen vgl. James Bunyan, Intervention, Civil War and Communism in Russia, Apr.—Dec. 1918 (Baltimore, 1936) S. 177ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auffassung von Miljukow ist sicher keine persönliche, sondern gibt die Auffassung der ganzen rechtsstehenden Kreise wieder. Gewiß würden die Herren uns heute mit Jubel empfangen, wenn wir in Petersburg oder in Moskau einziehen, denn wir retteten sie aus sozialer Not und Verzweiflung. Wenn die Herren aber gestützt durch unsere Bajonette eine neue Regierung aufrichten, dann wird sobald die Not des Leibes und der Seele vorüber ist, mit der zurückkehrenden Beruhigung auch ihre ententistische Stimmung wieder wachsen. Trotzdem Herr Miljukow ja eigentlich das alte Rußland völlig wiederhergestellt sehen möchte, ist er mit seinen Anschauungen noch nicht einmal in seiner Partei durchgedrungen, vielmehr hat sich die Mehrheit gegen ihn erklärt. Wohin steuern wir also, wenn wir die bolschewistische Regierung stürzen und den rechtsstehenden Parteien zur Herrschaft verhelfen? Auf der einen Seite würden die unterdrückten Bolschewisten den Meuchelmord und den Terror zum Prinzip erheben und wir hätten in Rußland, falls wir mit unseren Truppen die neue Regierung stürzen, Verhältnisse zu bekämpfen, die voraussichtlich noch schwieriger sein würden als diejenigen der Ukraine. Der Frieden von Brest hinge vollkommen in der Luft, die Gefahr einer neuen Ostfront wäre stärker geworden als gegenwärtig.

Mir scheint es deshalb als wenn wir alle Veranlassung hätten zu einer weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Verständigung mit der heutigen Regierung zu kommen, die jedenfalls unter keinen Umständen imperialistisch ist und die niemals mit der Entente zusammengehen kann, schon weil sie durch die Kraftloserklärung der Ententeanleihen einen unüberbrückbaren Wall zwischen sich und der Entente errichtet hat. Wird diese Gelegenheit versäumt und fällt die heutige russische Regierung, dann ist jedenfalls jede kommende Regierung mehr ententistisch als die jetzigen Machtinhaber und die Gefahr einer neuen Ostfront, die im Zusammenhang mit der fortgesetzten Verstärkung der Ententetruppen im Westen zu einer Lebensgefahr für Deutschland werden kann, rückt wieder in greifbare Nähe.

Mir scheint aus diesem Grunde, daß doch alles getan werden sollte, um die angebahnte deutsch-russischen [sic] Verständigung, die ja schon ziemlich paragraphiert war, möglichst bald zu Ende zu bringen. Sehen unsere Gegner, daß wir mit Rußland zusammengehen, dann werden sie die Hoffnung auf unsere Besiegung, die sie militärisch wohl längst aufgegeben haben, auch wirtschaftlich aufgeben und wir werden so dastehen, daß wir jedem Ansturm standhalten können und werden durch geschickte Ausnutzung eines solchen Faktums auch die innere Stimmung wieder auf die alte Siegeshöhe bringen können. Ich würde deshalb außerordentlich begrüßen, wenn diese Bestrebungen auch von der Obersten Heeresleitung Förderung erfahren könnten.

Sehr dankbar wäre ich Ihnen, sehr verehrter Herr Oberstleutnant, wenn Sie diese Gedanken auch dem General Ludendorff vortragen könnten . . .

Dokument 8

Aus einem Brief Ludwig Steins an Dr. Stresemann[28]

Berlin, den 10. August 1918

. . . Helfferich und die Botschaft habe ich gesprochen, während der Staatssekretär noch krank zu Bette liegt. Die Ostfrage hat in der Tat eine Wendung genommen, die Ihre Befürchtungen rechtfertigt. In Bezug auf Rostow am Don sind weder Ihre Vorschläge, noch die der russischen Botschaft angenommen worden. Es heißt viel-

[28] Stresemann, „Nachlaß", 3077/135887. Der Brief Stresemanns an Stein fehlt im „Nachlaß".

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr im Vertrage, daß Rostow erst von den deutschen Truppen befreit werden soll, wenn es die militärische Lage gestattet. Herr Joffe hat zwar den Vertrag noch nicht unterschrieben, scheint aber nicht abgeneigt, ihn gutzuheißen, während Herr Krassin ein unbedingter Gegner dieser Fassung ist und morgen sich nach Moskau begibt, um Lenin und Trotzki zu veranlassen, gegen diese Fassung Stellung zu nehmen. Krassin als Techniker behauptet, die Sowjetregierung sei nicht imstande, ihren Lieferungsverträgen nachzukommen, wenn man nicht das Naphthabecken in Baku und das Kohlenbecken im Dongebiet freimacht. Ohne Transportmöglichkeit können Lieferungen nicht eingehalten werden. Die Japanintervention beunruhigt die russische Botschaft weniger, weil sie Sibirien sowieso nicht mehr für behauptungsfähig hält. Ich sehe die japanische Intervention mit anderen Augen an und hege daher schwere Besorgnisse, daß wir in Rußland eine neue Front bekommen. Die strategische Lage im Westen verschärft meinen Pessimismus . . .

Meinem heutigen Eilbrief muß ich noch einige Zeilen beilegen[29], nachdem ich mit Exz. Helfferich ausführlich gesprochen habe. Eine gewisse Zurückhaltung mußte er sich auch nachmittags noch auferlegen, da er Exz. von Hintze, der einen neuen Rückfall in die spanische Krankheit bekommen hat, heute auf ärztliches Geheiß noch nicht sehen konnte. Immerhin erfuhr ich genug, um die Stimmung zu rechtfertigen, aus welcher heraus mein heutiger Brief geschrieben ist. H.[elfferich] kehrt nicht nach Moskau zurück, weil er dort sich nicht auf der Straße zeigen kann. Moskau ist sozialrevolutionär unterwühlt. In Aussicht ist eine Verlegung nach Petersburg genommen oder eine sonstige Stadt im besetzten Gebiet. [Der nächste Satz ist unleserlich. D. Herausg.] Bezüglich Rostows hat er sich [Mehrere Wörter unleserlich. D. Herausg.] mit Tschitscherin und Lenin verständigt, so daß Krassins Bedenken, von denen ich heute schrieb, hinfällig sind und durch die Tatsachen überholt werden . .

Dokument 9

Aus einem Brief Dr. Stresemanns an Graf Keßler[30]

Binz auf Rügen, den 15. August 1918

. . . Meine nochmalige Herreise, zu der ich mich vorgestern abend entschloß, erfolgte aus dem Grund, weil ich einmal zu der Überzeugung kam, daß in der Ostfrage alles von mir getan worden ist, womit ich in die Geschehnisse im Sinne unserer Anschauungen eingreifen konnte. Ich habe mit Payer, Deutelmoser, Oberstleutnant Bauer und Schlubach ausführlich gesprochen, habe die gesamte mir nahestehende Presse in einem anderthalbstündigen Vortrage unterrichtet und habe durch die Unterredung im Lokalanzeiger auch der Öffentlichkeit gegenüber meine Stellung dargelegt. Wir müssen nun abwarten wie die Dinge sich gestalten, und da ich nach drei Tagen wieder in Berlin sein werde, wäre ich alsdann auch in der Lage, erneut einzugreifen, falls es notwendig sein sollte. Ich hatte aber weiter die Absicht hier auf Rügen noch mit Herrn Freiherrn von Maltzahn zu sprechen, der, wie Sie wissen, der Vertrauensmann des Kronprinzen ist und mit dem ich die gegenwärtige Lage erörtern wollte. Schließlich will ich nicht verhehlen, daß mir ein anderer Gedanke der [sic] Unterbrechung meines Berliner Aufenthaltes wünschenswert erscheinen ließ. Herr L.[31] übergab mir einige Depeschen[32], die von der russischen Botschaft

[29] Dieses Postskriptum ist in Steins Handschrift und teilweise vollkommen unleserlich.

[30] Stresemann, „Nachlaß", 5077/135916ff.

[31] Wohl Litwin.

[32] Vgl. Dokumente 10 und 11.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Berlin nach Moskau gesandt worden sind. In diesen Depeschen spiele ich eine zu große Rolle. L. läßt gewissermaßen durch mich Erklärungen der Badediener[33] abgeben und behandelt die ihm gegebenen Mitteilungen in einer Art, die mir wenig wünschenswert erscheint, zumal ich gegenüber dem Abgeordneten Erzberger bei den Verhandlungen der Mehrheitsparteien mit den Polen die Ansicht vertreten habe, daß das Parlament sich in schwebende Verhandlungen nicht einmischen will. Es kann auch durch die Form zu leicht der Eindruck erweckt werden, als wenn ich gewissermaßen für die russischen Interessen arbeite, obwohl unsere ganze Aktion selbstverständlich nur vom deutschen Standpunkt aus eingegangen ist . . .

Dokumente 10 und 11

Telegramme der sowjetischen Botschaft in Berlin[34]

Abschrift 13. August

Moskau, Genosse Tschitscherin

Es besuchte mich heute gegen 7 Uhr abends Herr Litwin und teilte mir mit, daß Dr. S. mit dem Vizekanzler P. heute Rücksprache genommen habe. Letzterer ist ebenso wie alle anderen für eine vollständige Verständigung mit der Sowjetregierung. Die Ansichten des Herrn S. sind dem Genossen Joffe gut bekannt. Die OHL ebenso wie das AA wünschen nichts anderes als eine völlige Verständigung mit Rußland. Man darf den heutigen unfreundlichen Artikeln der Presse (Berl. Tagebl., Kreuzzeitung u. a.) irgendwelche Bedeutung nicht beimessen. Für morgen sind die Vertreter der Presse eingeladen, um sie vor sowjetregierungsfeindlichen Ausfällen zu warnen und sie dazu zu bestimmen, die öffentliche Meinung in regierungsfreundlichem Sinne zu bearbeiten. Litwin, der verreisen mußte, bleibt hier, bis Herr Joffe ihm Nachricht über die Lage geben wird. Herr Dr. S. bleibt ebenfalls hier. Sie bitten beide zu glauben, daß hier keine Gefahr oder Komplikationen drohen. Litwin und Dr. S. erwarten den dortigen Anruf.

gez. Solomon.

Chiffriert

Genosse Joffe und Tschitscherin

Litwin teilt weiter mit, daß seines Wissens nach gegen Alexejew[35] seitens der Obersten Heeresleitung umgehend nach Ratifizierung des Vertrages energische militärische Maßnahmen vorgenommen würden, die den Erfolg sichern. Was das Murmangebiet anbetrifft, so ist ein schnelles Vorgehen absolut notwendig, und fragte man mich, auf welchem Wege man schnellstens deutsche Truppen nach dem Murman bringen solle, da der Weg durch Finnland doch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Auf meine Frage, wie die deutsche Regierung sich dazu stellen würde, wenn wir den Durchmarsch der deutschen Truppen durch Petrograd und Wologda erlauben würden, unter der Bedingung, daß diese beim Durchmarsch durch russisches Gebiet unter dem nominellen Kommando eines russischen Offiziers stehen würden, wurde geantwortet, daß er denke, daß diese Lösung wahrscheinlich deutscherseits

---

[33] Wahrscheinlich Auswärtiges Amt und O. H. L.

[34] Stresemann, „Nachlaß", 3077/135986. Es handelt sich bei den Dokumenten 10 und 11 um die in Dok. 9 erwähnten „Depeschen", die L. an Stresemann gab. Wie sie in L.s Hände gerieten, geht aus dem „Nachlaß" nicht hervor.

[35] Führer der anti-bolschewistischen Freiwilligenarmee in der Ukraine. Vgl. auch Carr a. a. O. III, S. 83, Note 4; Helfferich a. a. O. III, S. 465 ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

angenommen würde, und will den Vorschlag weitergeben, nachdem Sie sich damit einverstanden erklärt haben werden. Litwin fragt darauf, ob es in bejahendem Falle erwünscht sei, daß den deutschen Truppen eine Anzahl Sowjettruppen beigegeben würde.

gez. Solomon

Dokument 12

Kommerzienrat Litwin an Dr. Stresemann[36]

Berlin, den 23. August 1918

... Ich habe heute Merkwürdiges erlebt. Schlobach [sic] rief mich gestern abend an und bat mich, auf Joffe einzuwirken, in der Baku-Angelegenheit nachzugeben. Ich war heute früh bei Geheimrat N.[37] und erfuhr, daß noch große Schwierigkeiten bestehen, da angeblich Joffe die Unterzeichnung des Vertrages verzögere und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der Vertrag, wenn Joffe nicht nachgebe, überhaupt nicht zum Abschluß komme. Ich ging darauf zu Joffe und erfuhr von ihm, daß die Formulierung, die Exzellenz K.[38] ihm gestern vorgelegt hat, und zwar „daß die Deutsche Regierung dafür eintreten wird, daß die Türken hinter ihre Demarkationslinie zurückgehen werden" befriedigt hat und er gestern bereit war, den Vertrag zu unterschreiben. Der Staatssekretär, mit dem er gleichzeitig sprach, sagte ihm aber, er solle mit der Unterzeichnung des Vertrages noch warten, bis er die Gewißheit habe, daß er auch dies Versprechen durchsetzen wird. Also ist der Vertrag nicht auf Veranlassung von Joffe, sondern von dem Staatssekretär aus eigener Initiative noch hinausgezogen worden. Diese ehrliche und offene Aussprache des Staatssekretärs hat auf Joffe einen tiefen günstigen Eindruck gemacht. Er sieht jetzt ein, daß die deutsche Regierung es mit ihrem Vorhaben ernst meint. Also war Herr Geheimrat N. absolut nicht unterrichtet. Herr Joffe erklärte mir, daß er die Angelegenheit als in vollster Ordnung betrachte und daß ich ruhig meine Ferien antreten kann.

Ich gebe Ihnen dies zu Ihrer Orientierung.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Gelegenheit nehmen würden, den Staatssekretär zu bitten, mir das E[iserne] K[reuz] zu verleihen, worauf ich besonders Wert lege. Ich glaube dies besser durch den Staatssekretär direkt als durch Herrn Geheimrat N. zu tun. Im übrigen werden Sie selbst am besten wissen, durch wen dies besser zu machen ist.

Ich lege besonderen Wert darauf, daß bei der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit Großrußland ich in irgend einer Form herangezogen werde, wo ich meine Erfahrungen, die ich mit der Ausfuhr GmbH. gemacht habe, verwerten könnte. Die Fehler, die wir in der Ukraine gemacht haben, dürfen unter keinen Umständen in Großrußland wiederholt werden. Ich traue mir zu, die ganze Sache zum Wohle Deutschlands machen zu können und gleichzeitig peu à peu zu einem militärischen Bündnis mit Rußland zu kommen; es muß sehr langsam und geschickt gemacht werden und ist meines Erachtens das Hauptziel. Herr Krasin [sic] ist, wie Sie wissen, mit mir in letzter Zeit befreundet geworden und da er zum Handelsminister ernannt wurde, werde ich durch ihn eine ganz glatte Geschäftsentwicklung durchführen ...

---

[36] Stresemann, „Nachlaß", 3077/135973ff.

[37] Nadolny.

[38] Kriege.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 13

Aus einer Aufzeichnung Dr. Stresemanns[39]

... Der Staatssekretär wandte sich seinerseits auch dagegen, daß es Kreise gebe, welche ein Zusammengehen Deutschlands mit der Bolschewiki-Regierung als einen Schaden bezeichneten. Er lehne eine derartige Kritik entschieden ab. Deutschland sei nicht dazu berufen, den Schulmeister für die Welt abzugeben. Unser Hauptinteresse sei, dafür zu sorgen, daß keine neue Ostfront entstände. Gegenüber den Behauptungen, daß die heutige russische Regierung sich nicht mehr lange halten würde, wies er darauf hin, daß sie tatsächlich noch bestände, während sie schon oft totgesagt worden sei. Ob die Monarchisten in Rußland wirklich zur Herrschaft kämen, sei sehr zweifelhaft, zumal die besitzenden Klassen nicht leicht zur Revolution aufgepeitscht werden könnten. Des weiteren verteidigte Herr von Hintze die Randstaatenpolitik im Norden aus Gründen der Zukunftssicherung gegen ein wieder erstarktes Rußland, betonte dagegen, daß unser Einschreiten im Süden Rußlands nicht politischen Gründen entspringe, da wir keinerlei Interessen dort wahrzunehmen hätten, sondern daß uns nur die harte Kriegsnotwendigkeit (Getreideerzeugung etc.) dazu gezwungen haben. Die Schaffung einer selbständigen Ukraine sei nicht ein deutsches Ziel gewesen, sondern von Österreich gefordert worden. Die Lebhaftigkeit, mit der Hintze, der in der Verhandlung einen sehr guten Eindruck machte, sich gegen die Kritik an unserem Zusammengehen mit den Bolschewisten wandte, richtete sich, wie allgemein angenommen wurde, gegen Dr. Helfferich, der sich bemüht haben soll, die Politik Hintzes zu durchkreuzen, aber im Hauptquartier damit gegenüber Hintze unterlag ...[40]

Dokument 14

Aus dem Protokoll der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 3. September 1918[41]

... Herr Unterstaatssekretär Dr. Frhr. von dem Bussche bedauerte zunächst, daß diese Ausführungen aus den vom Herrn Ministerpräsidenten bereits mitgeteilten Gründen nicht von dem Herrn Staatssekretär von Hintze persönlich gemacht werden könnten, der durch seinen langjährigen Aufenthalt in Rußland ein hervorragender Kenner dieses Landes sei. Wir müßten Rußland gegenüber die Politik befolgen, die verhindere, daß dort eine neue Front gegen das Deutsche Reich entstehe. Deshalb seien wir zurzeit auch genötigt, uns mit den Bolschewisten abzufinden und weiter mit ihnen zu verhandeln. Das würde von manchen Seiten der Regierung zum Vorwurf gemacht, von denen gefordert werde, daß wir die Kadetten oder sonstige gegenrevolutionäre Parteien ans Ruder bringen sollten. Einem solchen Rate zu folgen sei aber bedenklich, denn alle diese Organisationen hätten nach der Kenntnis der russischen Verhältnisse im Auswärtigen Amte tatsächlich mehr oder weniger nichts hinter sich. Sie hätten aber übereinstimmend alle die Absicht, den Brester Frieden wieder zu beseitigen. Das sei aber ein Ziel, welches wir unter allen Umständen bekämpfen müßten. Wir müßten daher mit den Bolschewiken gehen, solange sie noch am Ruder seien. Die Hauptaufgabe der Regierung bleibe immer: keine neue Ostfront. Diesem Bestreben seien auch die kürzlich abgeschlossenen Ergänzungsverträge entsprungen, deren Ratifikation bevorstehe ...

[39] Stresemann, „Nachlaß", 3077/155983ff. o. D. — Es handelt sich hier um einen Bericht Stresemanns über Äußerungen Hintzes in einer Konferenz der Fraktionsvorsitzenden des Reichstags, kurz vor der Unterzeichnung der deutsch-russischen Verträge.

[40] Vgl. Helfferich a. a. O. III, S. 490. — S. auch Helfferichs Abschiedsgesuch vom 30. Aug. 1918 in der Festschrift für H. v. Srbik, S. 397ff.

[41] Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C. 1613/675592ff.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte